

Leonie Schulz, Rainer Faus

Gesellschaft im Corona- Stresstest

Sorgen und Hoffnungen in Zeiten
der Pandemie

FES diskurs

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u.a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger_innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

FES diskurs

FES diskurse sind umfangreiche Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen sprechen sie wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für die Politik aus.

Über die Autor_innen

Leonie Schulz studierte Medien- und Politikwissenschaft sowie politische Kommunikation in Leipzig, Lyon und Berlin. Sie arbeitet als Beraterin bei der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. Hier ist sie vor allem für quantitative Forschungsprojekte und Analysen verantwortlich und berät Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Rainer Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftler, Autor sowie Gründer und Geschäftsführer der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. In den vergangenen zehn Jahren hat er zahlreiche Publikationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen veröffentlicht. Mit pollytix berät er auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Jan Niklas Engels, Arbeitsbereich Empirische Sozial- und Trendforschung, Abteilung Analyse, Planung und Beratung.

Leonie Schulz, Rainer Faus

Gesellschaft im Corona-Stresstest

Sorgen und Hoffnungen in Zeiten der Pandemie

3	1. DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE AUF EINEN BLICK
4	2. VERÄNDERT DIE KRISE DEN BLICK AUF GEMEINSCHAFT UND STAAT?
5	3. DER BLICK AUF DAS MITEINANDER – ZWISCHEN NACHBARSCHAFTSHILFE UND GEFÜHLTER POLARISIERUNG
13	4. DER BLICK ÜBER DAS PANDEMIEGESCHEHEN HINAUS – WAS JETZT WICHTIG WIRD
20	5. FAZIT: DIE PANDEMIE ALS KATALYSATOR?
21	ANHANG I: METHODISCHES VORGEHEN
23	Abbildungsverzeichnis
24	Literaturverzeichnis

1

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE AUF EINEN BLICK

- Im Herbst 2021 fällt das Urteil der Bürger_innen darüber, wie sich die Corona-Pandemie auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft ausgewirkt hat, deutlich aus: Die Krise habe den Zusammenhalt in Deutschland tendenziell verschlechtert, so die Mehrheit (61 Prozent). Rund ein Viertel (24 Prozent) sieht hingegen keine, zwölf Prozent eine positive Veränderung durch die Krise. Tatsächlich beklagten aber bereits vor der Pandemie drei Viertel der Bürger_innen den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Diese Zahlen sind auch während der Pandemie konstant geblieben.
- Neu ist aber die Sorge, dass eine gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Geimpften und Ungeimpften entstehen könnte. Im Oktober 2021 teilen 62 Prozent diese Sorge, die besonders stark unter Ungeimpften (85 Prozent) und AfD-Wähler_innen (83 Prozent) präsent ist. Die Sorge kann somit zum Teil auch als Ablehnung der Corona-Maßnahmen im Allgemeinen und der Impfungen im Speziellen interpretiert werden. Insgesamt zeigt sich beim Blick auf die Vorschläge, mit denen die Impfquote gesteigert werden soll, keineswegs eine Spaltung der Gesellschaft in zwei gleich große Lager. Eine breite Mehrheit der Gesellschaft befürwortet im Oktober 2021 Maßnahmen für mehr Corona-Impfungen.
- Die Sorge um die Situation der Kinder ist größer als die um eine gesellschaftliche Spaltung. 69 Prozent der Gesamtbevölkerung und 78 Prozent der Eltern haben eher große bis sehr große Sorgen, dass die Entwicklung der Kinder durch die Corona-Krise beeinträchtigt wird. Deutlich wird in der Rangfolge, dass Sorgen um Gesellschaft und andere vor den Sorgen um die eigene Gesundheit rangieren. Nur rund ein Drittel sorgt sich um Ansteckung und mögliche Folgen für die Gesundheit wie Long-Covid.
- Insgesamt korrelieren die Sorgen bezüglich der Pandemie mit der Zufriedenheit des Corona-Krisenmanagements der Bundesregierung. Wer unzufriedener mit dem Krisenmanagement ist, hat tendenziell auch eher Sorgen vor einem erneuten Lockdown, vor Einschränkung der Freiheitsrechte, möglichen Impfschäden sowie der Spaltung der Gesellschaft in Geimpfte und Ungeimpfte.
- Nur rund die Hälfte der Bevölkerung hat das Gefühl, genügend Anerkennung und Respekt zu erfahren. Im Dezember 2018 fühlten sich 57 Prozent wertgeschätzt. Während der Pandemie ist ein leichter Rückgang auf 52 Prozent im Oktober 2020, 48 Prozent im Mai 2021 sowie 51 Prozent im Oktober 2021 zu verzeichnen. Die Auswertung nach soziodemografischen Subgruppen zeigt jedoch auch, dass das Gefühl in der Gesellschaft ungleich verteilt ist. Je geringer das Einkommen oder die formale Bildung, desto weniger Anerkennung und Respekt werden empfunden. Generell wird eine „Verrohung“ der Gesellschaft beklagt mit abnehmender Akzeptanz gegensätzlicher Meinungen sowie dem Fehlen guter Umgangsformen und Höflichkeit.
- In der Bevölkerung besteht ein starker Wunsch nach einer anpackenden Politik mit Plan und Weitsicht. Bereits im Mai 2021 stimmten 62 Prozent eher der Sichtweise zu, dass es eine neue Politik brauche, die Ideen für die Zukunft entwickelt, Dinge anpackt und zu Ende bringt. Breiter Konsens besteht auch darin, dass Deutschland mehr investieren müsse, um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Die präferierten Bereiche für Investitionen sind dabei Pflege/Gesundheit, Schulen, Renten und Wohnraum. Deutliche Unzufriedenheit herrscht (Stand Oktober 2021) bei der staatlichen Aufgabenerfüllung hinsichtlich bezahlbaren Wohnraums, Renten, Energie- und Verkehrswende sowie Digitalisierung.
- Als größte langfristige Herausforderung wird der Klimawandel gesehen. Aber auch soziale Gerechtigkeit, Migration und wirtschaftliche Entwicklung werden als wichtig erachtet. Corona habe zwar einige Herausforderungen wie die Digitalisierung deutlicher gemacht. Aber andere Problemlagen, die sich zum Teil sogar durch Corona verschärften, stünden nicht genug im Fokus, beispielsweise die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft. Die Erwartung an die Politik ist, dass alle Probleme angepackt und mit Weitsicht und Plan gelöst werden.

2 VERÄNDERT DIE KRISE DEN BLICK AUF GEMEINSCHAFT UND STAAT?

Am 27.1.2020 wurde in Deutschland der erste Corona-Fall gemeldet. Damals ahnten nur wenige, welche Auswirkungen dies für die Gesellschaft haben würde. Spätestens mit dem ersten Lockdown ab März 2020 hat die Pandemie den Alltag der Menschen in Deutschland fest im Griff.

Seitdem ist mit dem Kontakt zu Mitbürger_innen unweigerlich auch immer ein gewisses Ansteckungsrisiko verbunden. Was macht es mit den Menschen, wenn sie potenziell eine Gefahr füreinander sind? Erfährt der gesellschaftliche Zusammenhalt eher einen Auf- oder Abschwung in der Krise. Und wie groß ist die Gefahr einer neuen Konfliktlinie durch die Pandemie, beispielsweise in Geimpfte und Ungeimpfte?

Klar ist, dass Politik und Zivilgesellschaft in dieser Zeit gefordert sind wie selten zuvor. Entscheidungen der Politik, die im Alltag für viele Bürger_innen normalerweise kaum wahrnehmbar sind, werden in der Krise deutlich spürbar. Wie wird die Arbeit der Bundesregierung in der Krise wahrgenommen? Und was wird jetzt erwartet? Trotz weiter anhaltender Pandemie soll im Rahmen dieser Studie ein Zwischenfazit zu folgenden Fragestellungen gezogen werden:

- Was haben fast zwei Jahre Leben in und mit der Pandemie mit der Bevölkerung gemacht?
- Wie entwickelt sich der Blick auf die Gemeinschaft und den Staat in einer Stresssituation wie der Corona-Pandemie?
- Welche Themen spielen neben Corona weiterhin eine wichtige Rolle im Alltag der Menschen? Welche Themen rücken trotz oder durch Corona auf die Agenda?
- Welche Aufgaben geben die Bürger_innen der neuen Bundesregierung für die Zeit nach der Krise mit auf den Weg?

Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf einem mehrstufigen Forschungsprozess mit drei Untersuchungszeiträumen. Im Herbst 2020 sowie Frühjahr 2021 wurden in einem ersten Schritt jeweils sechs qualitative Fokusgruppen durchgeführt. In einem zweiten Schritt erfolgte daran anschließend eine bundesweite repräsentative quantitative Befragung. Im dritten Untersuchungszeitraum im Herbst 2021 wurde eine repräsentative Befragung ohne vorherige Fokusgruppen durchgeführt.¹

¹ Detaillierte Ausführungen siehe Anhang I: Methodisches Vorgehen.

3

DER BLICK AUF DAS MITEINANDER – ZWISCHEN NACHBARSCHAFTSHILFE UND GEFÜHLTER POLARISIERUNG

In der frühen Phase der Pandemie bestanden große Hoffnungen, dass die Krise die Menschen in Deutschland näher zusammenschließen lässt. Beobachtungen aktiver Nachbarschaftshilfe, zum Beispiel in Form von Einkaufsdiensten für Senior_innen, sowie Solidaritätsbekundungen mit Gewerbetreibenden und Pflegepersonal bestärkten diese Hoffnung.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) über nachbarschaftlichen Zusammenhalt in einer Berliner Wohngegend bestätigt diesen Eindruck zu Beginn der Pandemie. Rund ein Drittel der befragten Anwohner_innen der Nachbarschaft geben im August/September 2020 an, dass sich der Zusammenhalt in der Nachbarschaft seit Beginn der Pandemie verbessert habe (vgl. Faus/Ickstadt 2020). Die Studie kommt aber auch zu dem Schluss, dass sozialer Zusammenhalt besser im Kleinen funktioniert und insbesondere dort, wo die Bürger_innen hinsichtlich ihrer (politischen) Einstellungen homogen sind (vgl. Faus/Ickstadt 2020).

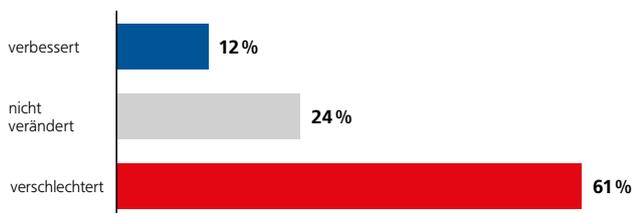
Im Herbst 2021 kommen die Bürger_innen allerdings bezüglich des Einflusses der Corona-Pandemie auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu einem klaren Urteil: Die Krise habe den Zusammenhalt tendenziell verschlechtert, so die Mehrheit (61 Prozent). Rund ein Viertel (24 Prozent) sieht hingegen keine Veränderung, zwölf Prozent eine positive Veränderung durch die Krise (vgl. Abbildung 1).

Eine Verschlechterung wird häufiger im ländlichen Raum als im städtischen und häufiger in den ost- als den westdeutschen Bundesländern gesehen. Zwischen verschiedenen Alters- oder Bildungsgruppen zeigen sich hingegen kaum Unterschiede.

ABB. 1

Veränderung des Zusammenhalts durch die Corona-Krise

Glauben Sie, die Corona-Krise hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland...?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Oktober 2021.

AUF GESAMTGESELLSCHAFTLICHER EBENE (BISLANG) KEINE LANGFRISTIGE VERÄNDERUNG DES WAHRGENOMMENEN ZUSAMMENHALTS MESSBAR

Lässt sich diese gefühlte Verschlechterung auch nachweisen? Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung misst für den Zeitraum April bis Juni 2020 einen Anstieg des Vertrauens in andere Menschen im Vergleich zu den Vorjahren (vgl. Kühne et al. 2020). Die Autor_innen merken jedoch an, dass es sich bei dieser kollektiven Wahrnehmung nur um eine Momentaufnahme handle und sich diese wieder schnell ändern könne (vgl. Kühne et al. 2020). Auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt für diese frühe Phase der Pandemie (Mai/Juni 2020) einen Anstieg des Vertrauens in Mitmenschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (vgl. Unzicker et al. 2021). Unzicker et al. beziehen jedoch mehrere Datenpunkte im Jahr 2020 mit ein, sodass die Autor_innen mit Blick auf die Gesamtdatenlage für das Jahr 2020 zu dem Fazit kommen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt über das Jahr hinweg stabil geblieben ist und es sich bei dem Anstieg im frühen Sommer lediglich um eine temporäre Veränderung handelte (vgl. Unzicker et al. 2021).

Auch in unserer Studie können wir auf drei Messzeitpunkte während der Pandemie zurückgreifen: Herbst 2020 sowie Frühjahr und Herbst 2021. Die vorliegenden Zahlen verdeutlichen, dass der wahrgenommene Zusammenhalt bzw. der wahrgenommene fehlende Zusammenhalt zu den drei Messzeitpunkten während der Corona-Krise kaum einer Veränderung unterliegt (vgl. Abbildung 2). Stand Oktober 2020 stimmen 77 Prozent der Bevölkerung der Aussage „Der Zusammenhalt in der Gesellschaft geht zunehmend verloren, jeder denkt nur noch an sich“ zu. Im Mai 2021 ist die Zustimmung genauso hoch, im Oktober 2021 nur geringfügig abgefallen.

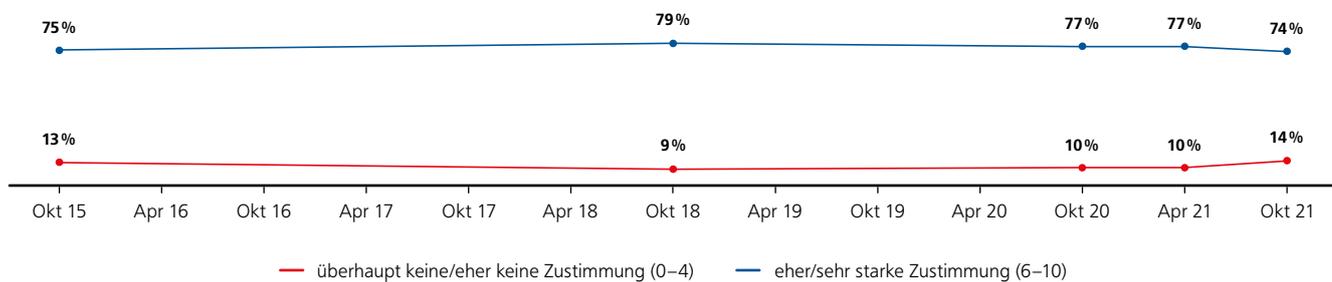
Auch im Vergleich zu Messzeitpunkten vor der Pandemie zeigt sich keine signifikante Veränderung.² Die Wahrnehmung, dass Zusammenhalt in der Gesellschaft zunehmend verloren gehe, scheint über die vergangenen Monate und Jahre hinweg stabil zu sein. Die Corona-Pandemie hat hier (bislang) kein langfristiges Signal gesetzt: Zwar beklagen Bürger_innen einen verschlechterten Zusammenhalt während der Corona-Krise (siehe Abbildung 1), dies ist aber lediglich ein Ausdruck des Gefühls mangelnden Zusammenhalts, das bereits seit Jahren vorherrscht.

² Die Vergleichswerte aus dem Jahr 2015 stammen hier und in nachfolgenden Grafiken aus der Studie „Kartographie der politischen Landschaft in Deutschland“ (Faus et al. 2016), bei der die Frage bzw. Aussage in gleicher Weise gemessen wurde.

ABB. 2

Wahrnehmung gesellschaftlichen Zusammenhalts im Zeitverlauf

Der Zusammenhalt in der Gesellschaft geht zunehmend verloren, jeder denkt nur noch an sich.



Basis: Alle Wahlberechtigten. Dargestellte Werte: Zustimmung zur Aussage auf Skala von 0-10. Fehlende Werte: (5)/weiß nicht/keine Angabe.

SORGE VOR EINER NEUEN GESELLSCHAFTLICHEN KONFLIKTLINIE DURCH CORONA

In den Fokusgruppendifkussionen im September 2020 ist ein möglicher neuer gesellschaftliche Konflikt durch die Pandemie noch selten ein Thema. Die Stimmung ist zu diesem Zeitpunkt geprägt von Erleichterung, dass Deutschland durch schnelle und besonnene Maßnahmen (erst mal) gut weggekommen sei und sehr gut dastehe, insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern.

Im April 2021 ist die Stimmung im Vergleich zum Herbst des Vorjahres dann deutlich gekippt. Die Bürger_innen sind von gut einem Jahr Corona-Pandemie inzwischen deutlich zermürbt. Die Pandemie dominiert alle Lebensbereiche und die im April geltenden Maßnahmen werden als starker Einschnitt empfunden. In den Fokusgruppen wird ein zunehmendes Auseinanderdriften der Gesellschaft aufgrund unterschiedlicher Einstellungen und Umgangsweisen bezüglich der Pandemie diskutiert. Die Corona-Pandemie sei ein Brandbeschleuniger: Bereits vorhandene Polarisierungen würden sich weiter zuspitzen und sich gleichzeitig neue Gräben öffnen. Die Polarisierung wird zu diesem Zeitpunkt entlang Befürwortung und Ablehnung der Corona-Maßnahmen wie Lockdown oder Maskenpflicht vermutet. Befürworter_innen und Gegner_innen der Maßnahmen ständen sich unversöhnlich gegenüber.³ Bei ihren Ausführungen greifen die Teilnehmer_innen aber selten auf Erfahrungen aus ihrem persönlichen Umfeld zurück. Vielmehr werden medial vermittelte Eindrücke, insbesondere die Berichterstattung über die Querdenkerszene, als Belege für die Polarisierung und voranschreitende Spaltung der Gesellschaft herangezogen. Es fände eine politische Radikalisierung eines Teils der Gesellschaft statt, der schließlich der Regierung nicht mehr vertrauen und sich mitunter gesetzlichen Corona-Maßnahmen widersetzen würde – und dabei deutlich antidemokratische Tendenzen aufweise.

Mich bewegt diese Spaltung der Gesellschaft in normaldenkende Bürger und Querdenker.

Wie entwickelt sich das in der Zukunft, wenn Corona mal vorbei ist? Dann haben wir eine riesige Menge an Leuten, die überhaupt keiner Regierung mehr vertrauen, und eine andere Ecke, die regierungstreu ist. Wie kommt die Gesellschaft in Zukunft wieder zusammen?

Wie wird man wieder vereint nach so einer Pandemie? (Fokusgruppen April 2021)

Diese Zusammenhänge zwischen Corona-Verschwörungsmythen und politisch-extremen Einstellungen sowie geringem Vertrauen in die Regierung, belegt unter anderem eine Studie des Thinktanks dpart (vgl. Spöri/Eichhorn 2021). Allerdings zeigt diese Studie zugleich, dass 2021 weniger Personen in Deutschland Corona-Verschwörungsmythen anhängen als im Jahr zuvor und beziffert den Anteil an Befragten, die an Corona-Verschwörungserzählungen glauben, im Frühjahr 2021 mit neun Prozent (vgl. Spöri/Eichhorn 2021). Dieser gemessene Rückgang deckt sich allerdings nicht mit dem subjektiven Eindruck der Teilnehmer_innen der Fokusgruppen. Das Thema der gesellschaftlichen Polarisierung ist für diese im Frühjahr 2021 deutlich präsenter als sechs Monate zuvor. Dies könnte zum Beispiel daran liegen, dass im Untersuchungszeitraum April 2021 nach mehreren Wochen des Lockdowns Debatten um (Angemessenheit der) Maßnahmen sowohl in den Medien als auch im Privaten häufiger geführt werden als noch im Oktober 2020.⁴

Schon im April 2021, also bevor die Impfkampagne an Fahrt aufgenommen hat und allen Bürger_innen ein Impfangebot gemacht wurde, wurde von Bürger_innen bereits die Entstehung eines neuen gesellschaftlichen Konflikts entlang des Impfstatus befürchtet.

³ Dieser subjektive Eindruck der Teilnehmer_innen wird durch Befunde des RAPID-COVID-Projekts gestützt. Die Autor_innen weisen eine hohe affektive Polarisierung zwischen den beiden Gruppen nach (vgl. RAPID-COVID 2021, Juni).

⁴ Eine Studie im Auftrag der Rudolf Augstein Stiftung weist jedoch keinen signifikanten Zuwachs der Berichterstattung über Corona-Skeptiker_innen vom Oktober 2020 zu April 2021 aus. Diese würden insgesamt nur sehr selten, nämlich mit einem Anteil von 1,6 Prozent in der Berichterstattung zum Thema Corona auftauchen (vgl. Maurer et al. 2021: 26f.).

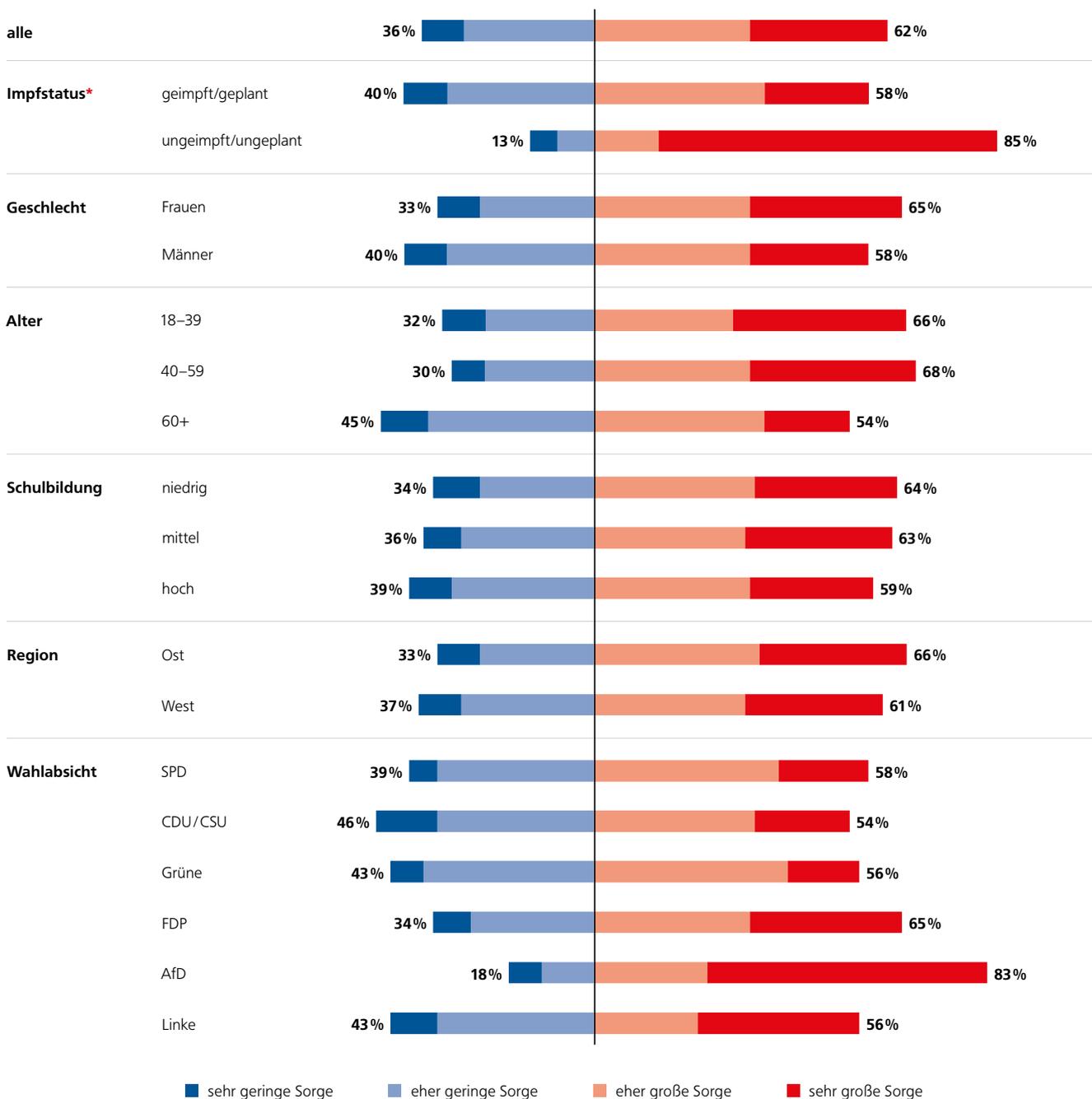
Die Gesellschaft wird sich weiter spalten:
 Ein Teil, der sich impfen lässt oder geimpft ist, wird wieder mehr Freiheiten im Leben haben und die andere Hälfte, die vielleicht noch nicht dran ist oder das nicht möchte, wird in ihrem Leben eingeschränkt.
 (Fokusgruppen April 2021)

Im Oktober 2021 teilen 62 Prozent die Sorge, dass sich die Gesellschaft zunehmend in Geimpfte und Ungeimpfte spaltet (vgl. Abbildung 3).

ABB. 3

Sorge vor der Spaltung in Geimpfte und Ungeimpfte

Inwiefern sorgen Sie die folgenden Bereiche in Bezug auf die Corona-Pandemie? Dass sich die Gesellschaft zunehmend in Geimpfte und Ungeimpfte spaltet.



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Oktober 2021.

* Ungeimpft = Befragte, die angeben, nicht gegen Covid geimpft zu sein und dies auch nicht vorzuhaben. Geimpft = Befragte, die angeben, gegen Covid geimpft zu sein oder dies noch vorhaben.

Eine Spaltung der Gesellschaft nach Impfstatus sorgt zwar nicht nur, aber insbesondere Ungeimpfte (85 Prozent) und AfD-Wähler_innen (83 Prozent). Die Sorge kann somit zum Teil auch als Ablehnung der Corona-Maßnahmen im Allgemeinen und der Impfungen im Speziellen interpretiert werden.

Nichtgeimpfte werden verstoßen, dabei sind die Impfstoffe fragwürdig.
(Repräsentative Befragung Oktober 2021)

Personen, die sich nicht impfen lassen wollen, werden ausgegrenzt. Die Freiheitsrechte werden eingeschränkt.
(Repräsentative Befragung Oktober 2021)

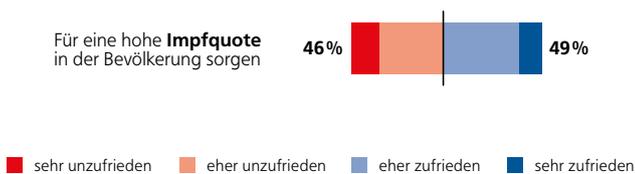
POLARISIERUNGSTREIBER IMPFUNGEN?

Bezüglich der Arbeit der Politik bei der Impfkampagne zeigt sich im Herbst 2021 rund die Hälfte (49 Prozent) zufrieden, die andere Hälfte (46 Prozent) eher unzufrieden (vgl. Abbildung 4). Unzufriedenheit kommt dabei aus beiden Richtungen: von Impfgegner_innen, die die Einführung einer Impfpflicht durch die Hintertür beklagen, aber auch von Befürworter_innen der Impfkampagne, denen diese nicht schnell und nicht weit genug ging. In der Tendenz zeigen sich aber Bürger_innen, die bislang nicht geimpft sind und dies auch nicht vorhaben, unzufriedener (57 Prozent).

ABB. 4

Zufriedenheit mit der Impfkampagne

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Arbeit der Politik in den folgenden Bereichen? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Oktober 2021.

Die Impfkampagnen sind sehr gut, auch wenn diese erst sehr spät gestartet sind.
(Repräsentative Befragung Oktober 2021)

Die Impfungen haben nach anfänglichen Schwierigkeiten einen guten Verlauf gehabt. Es gilt jetzt, die Impfpflicht einzuführen, damit auch von den Ungeimpften keine unnötige Welle der Krankheit kommen kann.
(Repräsentative Befragung Oktober 2021)

Es wird zwar gesagt, dass es keinen Impfwang gibt, aber in meinen Augen laufen die Regelungen darauf hinaus. Das ist für mich keine Demokratie mehr, wenn eine Zweiklassengesellschaft geschaffen oder unterstützt wird.
(Repräsentative Befragung Oktober 2021)

Die verschiedenen Vorschläge, die die Impfquote steigern sollen, werden im Gegensatz zum allgemeinen Management der Politik bei der Impfkampagne allesamt mehrheitlich positiv bewertet (vgl. Abbildung 5). Am besten schneiden unkomplizierte Impfangebote außerhalb von Arztpraxen und Impfzentren ab, wie sie im Sommer bereits bundesweit ermöglicht wurden. Der Vorschlag stößt unter Wähler_innen aller Parteien und sogar unter Ungeimpften auf Zustimmung.

Die Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen halten 71 Prozent für eine gute Idee. Ablehnend stehen dem Vorschlag Ungeimpfte (82 Prozent) und AfD-Wähler_innen (52 Prozent) gegenüber, wobei sich diese beiden Gruppen stark überschneiden. Auffällig ist ebenfalls, dass Jüngere dem Vorschlag deutlich skeptischer gegenüberstehen als Ältere.

Auch bei der Befürwortung bzw. Ablehnung der 2G-Regel zeigen sich Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Insgesamt befürwortet eine Mehrheit von 67 Prozent der Bürger_innen diesen Vorschlag, allerdings unter Jüngeren nur knapp mit 53 Prozent, unter Älteren hingegen eine Mehrheit von 82 Prozent. Deutliche Ablehnung erfährt der Vorschlag von Ungeimpften, also den „Ausgeschlossenen“, bei Durchsetzung der Regel. Auch bezüglich der Wahlabsicht zeigen sich Unterschiede, wobei erneut nur Wähler_innen der AfD den Vorschlag mehrheitlich ablehnen. Unter FDP-Wähler_innen lehnt rund ein Drittel die Idee ab. Unter Wähler_innen von SPD, CDU/CSU sowie Grünen ist die Befürwortung der 2G-Regel am höchsten.

Insgesamt zeigt sich beim Blick auf die Vorschläge, mit denen die Impfquote gesteigert werden soll, also keineswegs eine Spaltung der Gesellschaft in zwei gleich große Lager. Eine breite Mehrheit der Gesellschaft befürwortet im Oktober 2021, also sogar zu einem Zeitpunkt, an dem die neuen Höchststände an Infektionen der vierten Welle noch nicht eingetreten sind, Maßnahmen für mehr Corona-Impfungen. Allerdings ist der Widerstand gegen die Maßnahmen insbesondere bei Wähler_innen der AfD konzentriert, einer Minderheit, die schon bei anderen Themenkomplexen den Einstellungen der Mehrheit der Bevölkerung diametral gegenübersteht (vgl. Faus/Storks 2019; Hartl/Faus 2020).

SORGE VOR SOZIALER UNGLEICHHEIT BLEIBT AUCH IN PANDEMIE BESTEHEN

Neben einem zunehmenden Konflikt aufgrund der Impffrage wird durch die Pandemie auch eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit befürchtet. Vor allem kleinere Unternehmen, Selbstständige oder kleine Geschäfte seien aufgrund der Pandemie bereits pleitegegangen. Größere Unternehmen sowie der Onlinehandel würden hingegen profitieren.

Ich denke, dass die soziale Schere noch weiter auseinandergehen wird. Viele Selbstständige mit kleinen Geschäften werden pleitegehen.

Andere Anbieter werden vom Onlinehandel abgelöst.

Die Reichen werden noch mehr verdienen, und das Loch wird eben nach unten immer tiefer gebuddelt.

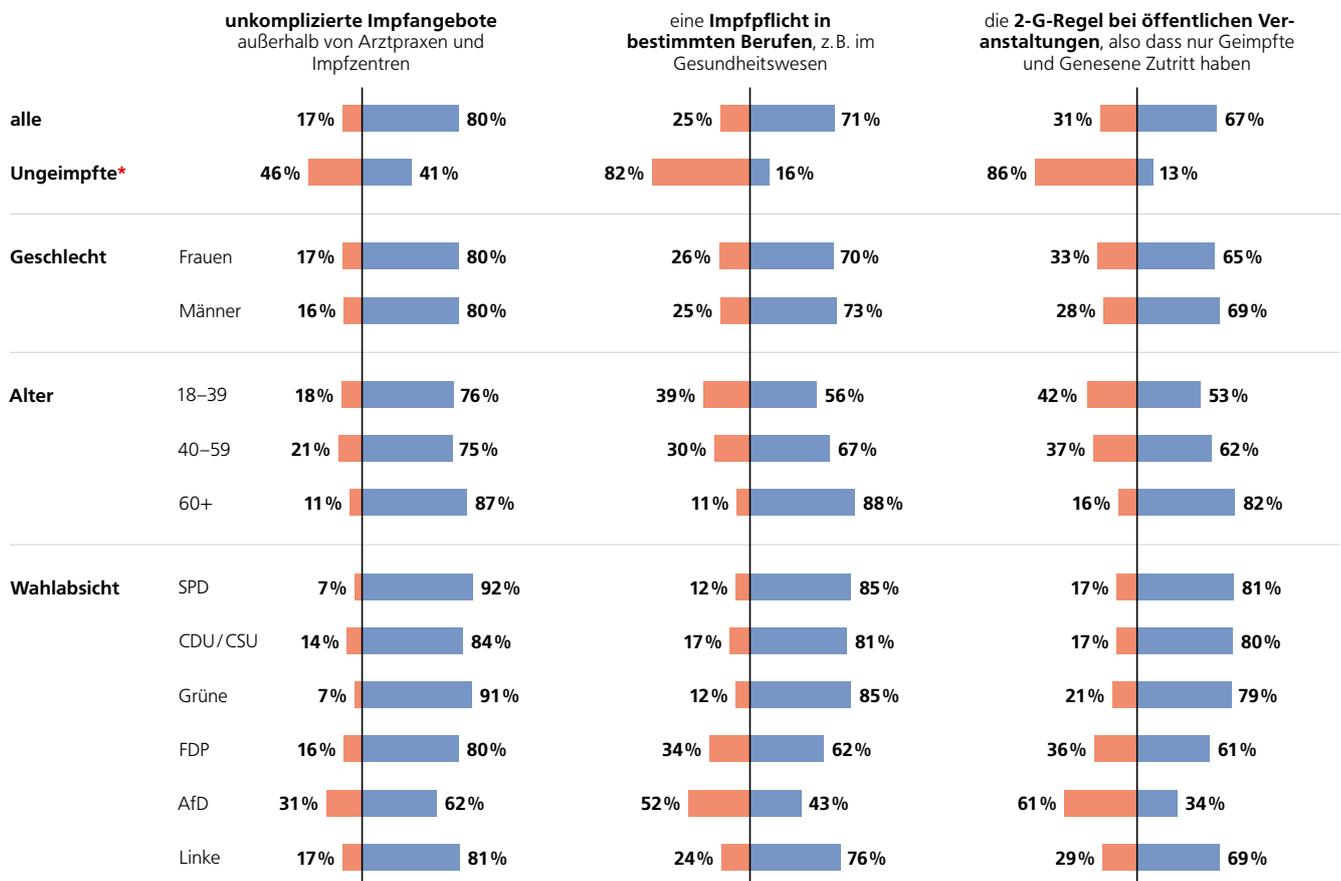
(Fokusgruppen April 2021)

ABB. 5

Bewertung von Vorschlägen zur Steigerung der Impfquote

Halten Sie die folgenden Vorschläge eher für eine gute oder eine schlechte Idee?

■ eher schlechte Idee
■ eher gute Idee



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Oktober 2021.
* Befragte, die angeben, nicht gegen Covid geimpft zu sein und dies auch nicht vorzuhaben.

Viele Restaurants wird es nicht mehr geben. Die werden nicht mehr aufmachen können. Manch einen Veranstalter wird es nicht mehr geben. Die wirtschaftliche Situation wird bei vielen ein Thema werden. (Fokusgruppen April 2021)

Die Pandemie wirke sich auch negativ auf die Bildungsgerechtigkeit aus, so die Fokusgruppenteilnehmenden. Nicht alle Familien hätten die gleichen zeitlichen und finanziellen Ressourcen, um Kinder während des Homeschoolings gleichermaßen zu unterstützen und die digitalen Geräte für die Teilnahme am Onlineunterricht anzuschaffen.

Auf dem Elternabend hieß es, es muss ein bestimmtes Tablet sein. Manche Eltern haben nur Internetzugang über ein Handy mit eingeschränktem Datenvolumen. Das ist dann irgendwann aufgebraucht! (Fokusgruppen April 2021)

Der Blick auf die gemessenen Sorgen bezüglich der Pandemie bestätigt diese Eindrücke. Neben einer gesellschaftlichen Spaltung besorgt die Bürger_innen vor allem die Situation

der Kinder. Dass diese durch die Corona-Krise in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden, ist die größte geteilte Sorge: 69 Prozent der Gesamtbevölkerung und 78 Prozent der Eltern haben hier eher große bis sehr große Sorgen (vgl. Abbildung 6). Auch die Annahme, dass die Ansteckung von Kindern, die sich noch nicht impfen lassen können, in den Schulen und Kitas in Kauf genommen wird, sorgt eine Mehrheit (55 Prozent) der Bürger_innen.

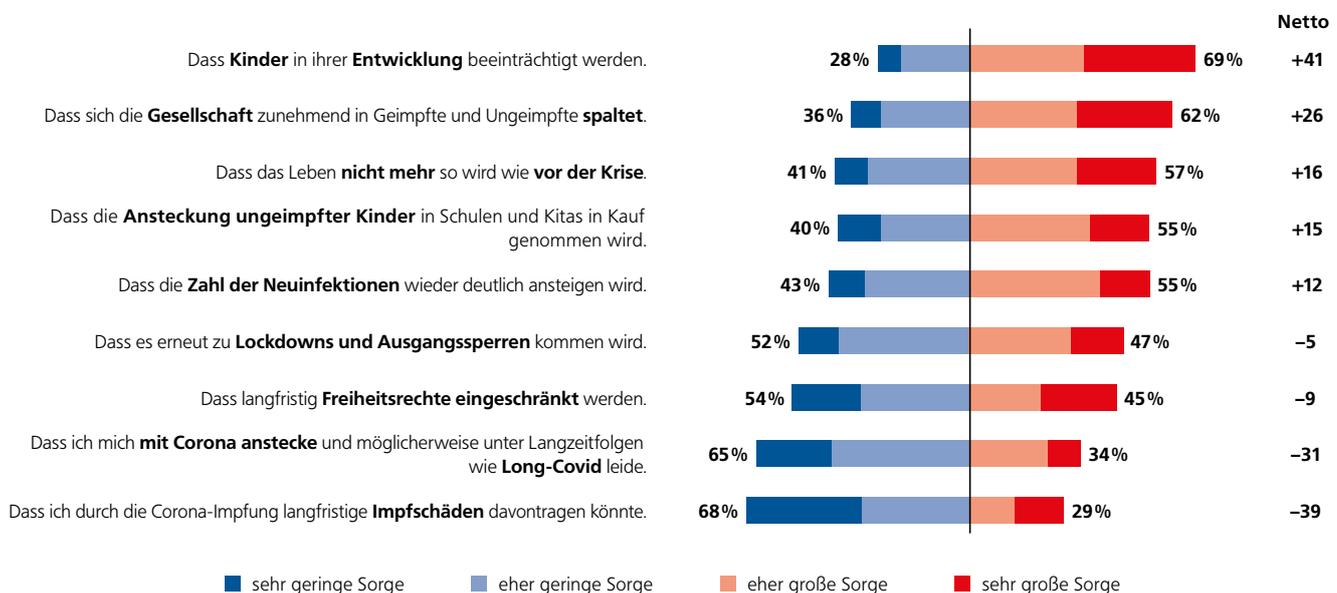
Die Sorge, dass das Leben nicht mehr so wird wie vor der Krise, teilen alle Altersgruppen mehrheitlich. Die Sorgen sind noch größer unter denjenigen, die subjektiv unter finanziellem Druck stehen (67 Prozent) oder während der Pandemie in Kurzarbeit waren oder noch sind (70 Prozent).

Dass die Zahl der Neuinfektionen wieder deutlich ansteigen wird, sorgt zum Zeitpunkt der Befragung 55 Prozent der Bürger_innen, 43 Prozent sind diesbezüglich eher nicht oder nur in geringem Ausmaß besorgt. Ältere (64 Prozent) fürchten einen Neuanstieg der Fallzahlen dabei häufiger als Jüngere (49 Prozent). Ungeimpfte sind wegen eines erneuten Anstiegs der Fallzahlen seltener besorgt (23 Prozent).

Dass es erneut zu Lockdowns und Ausgangssperren kommen wird, besorgt rund die Hälfte der Bürger_innen,

Sorgen in Bezug auf die Corona-Pandemie

Inwiefern sorgen Sie die folgenden Bereiche in Bezug auf die Corona-Pandemie?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Oktober 2021.

die andere Hälfte eher nicht. Dass Freiheitsrechte langfristig eingeschränkt werden, bereitet 45 Prozent Sorgen. Unter AfD-Wähler_innen (76 Prozent) sowie FDP-Wähler_innen (59 Prozent) ist jedoch eine absolute Mehrheit besorgt. Dagegen teilen Ältere über 60 Jahren diese Sorge seltener (35 Prozent).

Deutlich wird in der Rangfolge, dass Sorgen um Gesellschaft und andere vor den Sorgen um die eigene Gesundheit rangieren. Nur rund ein Drittel sorgt sich um Ansteckung und mögliche Folgen für die Gesundheit wie Long-Covid. Überraschenderweise sind bei Jüngeren unter 40 Jahren (37 Prozent) diese Sorgen etwas ausgeprägter als bei der als Risikogruppe eingestuften Altersgruppe 60+ (29 Prozent). Geringste Sorge vor Ansteckung und gesundheitlichen Folgen von Covid haben Ungeimpfte (22 Prozent).

Im Gegensatz zur Sorge vor der Erkrankung an Covid ist bei Ungeimpften die Sorge vor Impfschäden entsprechend stärker ausgeprägt. 77 Prozent von ihnen geben an, diesbezüglich sehr große oder eher große Sorgen zu haben. Unter Geimpften bzw. denjenigen, die noch vorhaben, sich impfen zu lassen, sorgt sich rund jede_r Fünfte (21 Prozent) vor möglichen Impfschäden. Jüngere (35 Prozent) haben bezüglich der Covid-Impfung mehr Sorgen als Ältere (18 Prozent), und unter Bürger_innen mit niedriger schulischer Bildung (36 Prozent) sind Bedenken bezüglich der Impfung ausgeprägter als bei Bürger_innen mit hoher schulischer Bildung (24 Prozent). Eltern zeigen sich mit einem Anteil von 40 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich häufig bezüglich möglicher Folgen der Impfung besorgt. Mit einem Anteil von 29 Prozent unter allen Bürger_innen ist die Sorge

bezüglich Impfschäden unter den abgefragten Sorgen aber am geringsten ausgeprägt.

Insgesamt korrelieren die Sorgen bezüglich der Pandemie mit der Zufriedenheit des Corona-Krisenmanagements der Bundesregierung. Wer unzufriedener mit dem Corona-Krisenmanagement ist, hat tendenziell auch eher Sorgen vor einem erneuten Lockdown, der Einschränkung der Freiheitsrechte, möglichen Impfschäden sowie der Spaltung der Gesellschaft in Geimpfte und Ungeimpfte.

RESPEKT UND ANERKENNUNG IN DER GESELLSCHAFT WERDEN ZUNEHMEND VERMISST

Veränderungen im Verlauf der Pandemie sowie im Vergleich zur Zeit⁵ vor ihr zeigen sich bei der Wahrnehmung des entgegengebrachten Respekts und der Anerkennung für die eigene Person in der Gesellschaft.

Im Dezember 2018 hatten 57 Prozent, also immerhin die deutlich absolute Mehrheit, das Gefühl, genügend Anerkennung und Respekt zu erfahren. Während der Pandemie ist ein leichter Rückgang auf 52 Prozent im Oktober 2020, 48 Prozent im Mai 2021 sowie 51 Prozent im Oktober 2021 zu verzeichnen (vgl. Abbildung 7).

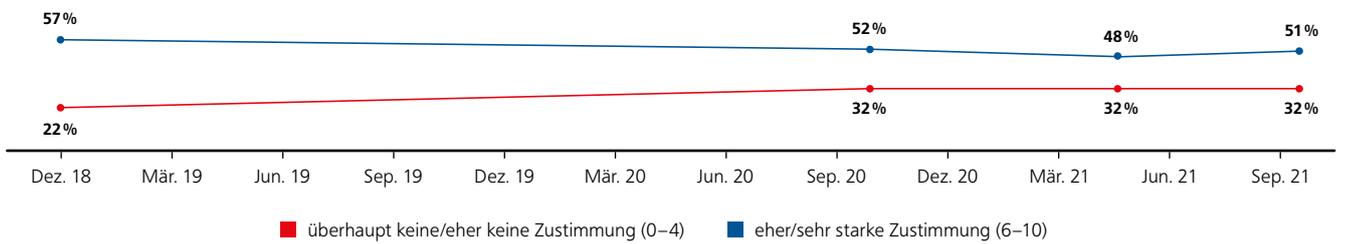
Nur rund die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich also wertgeschätzt. Die Auswertung nach soziodemografischen Subgruppen zeigt jedoch auch, dass das Gefühl in der Gesellschaft ungleich verteilt ist.

⁵ Datengrundlage ist hier und nachfolgend für alle Angaben mit dem Zeitraum 2018 die Studie „Das pragmatische Einwanderungsland“ (Faus/Storks 2019) in der die Frage bzw. Aussage in gleicher Weise gemessen wurde.

ABB. 7

Entgegengebrachter Respekt und Anerkennung in der Gesellschaft im Zeitverlauf

Alles in allem bekommen Menschen wie ich in Deutschland den Respekt und die Anerkennung, die sie verdienen.

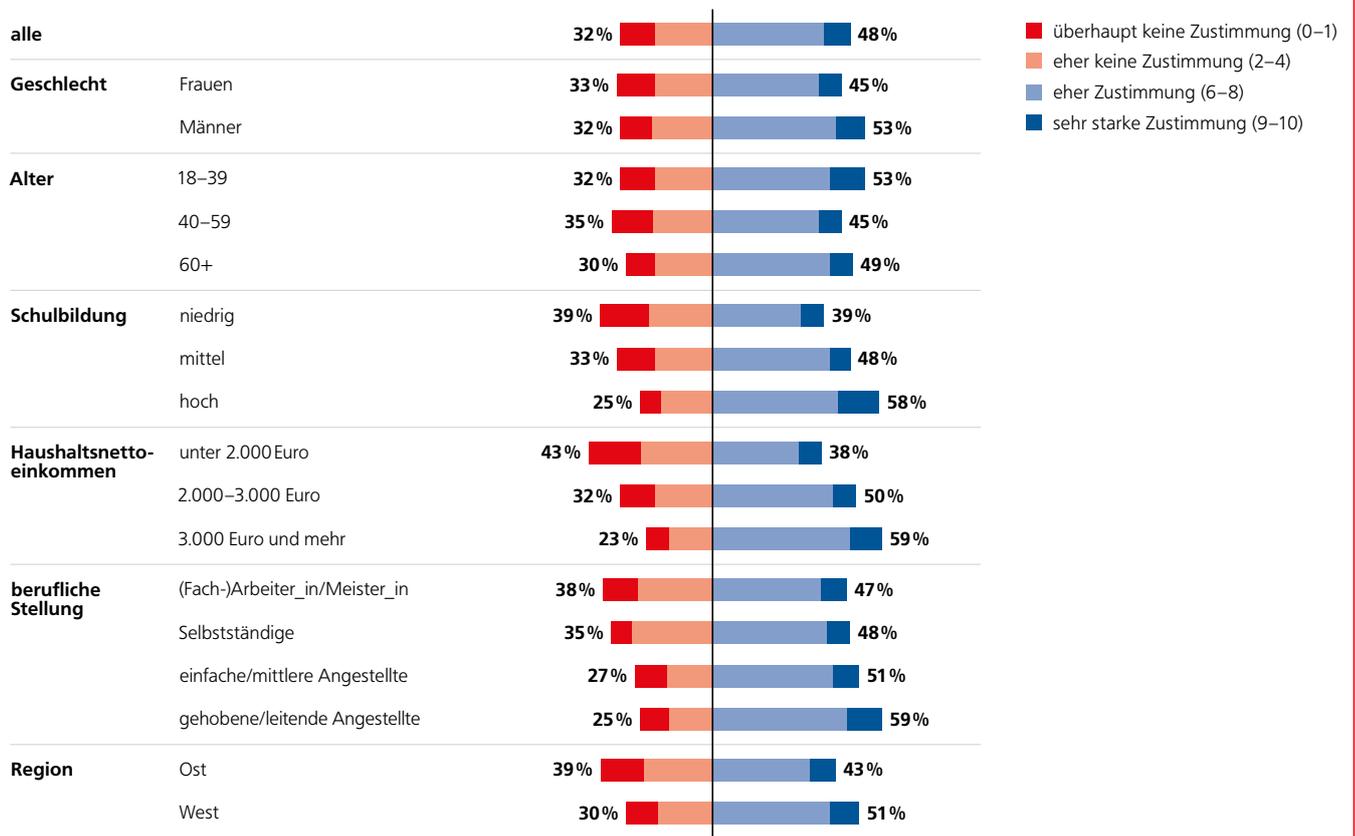


Basis: Alle Wahlberechtigten. Dargestellte Werte: Zustimmung zur Aussage auf Skala von 0–10. Fehlende Werte: (5)/weiß nicht/keine Angabe.

ABB. 8

Entgegengebrachter Respekt und Anerkennung in der Gesellschaft – Detailauswertung

Alles in allem bekommen Menschen wie ich in Deutschland den Respekt und die Anerkennung, die sie verdienen.



Basis: Alle Wahlberechtigten. Dargestellte Werte: Zustimmung zur Aussage auf Skala von 0–10. Fehlende Werte: (5)/weiß nicht/keine Angabe.

Deutliche Unterschiede bestehen zwischen Menschen mit unterschiedlichem Einkommen (vgl. Abbildung 8): In der niedrigsten Einkommensgruppe gibt es mehr Ablehnung (43 Prozent) als Zustimmung (38 Prozent) zur Aussage, Menschen in Deutschland erhalten den Respekt, den sie verdienen. Demgegenüber stimmt bei hohen Einkommen eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent der Aussage zu. Ebenfalls geringere Zustimmung dazu, in der Gesellschaft respektiert und anerkannt

zu werden, zeigen Menschen mit niedriger formaler Bildung. Unter Menschen mit Haupt- oder Volksschulabschluss ist die Zustimmung mit 39 Prozent deutlich geringer als unter Menschen mit (Fach-)Abitur (58 Prozent Zustimmung). Auch zwischen beruflichen Gruppen unterscheidet sich die Wahrnehmung. (Fach-)Arbeiter_innen bzw. Menschen mit Meistertitel (47 Prozent) und Selbstständige (48 Prozent) fühlen sich seltener von der Gesellschaft respektiert und anerkannt als beispiels-

weise Angestellte in leitender oder gehobener Position (59 Prozent). Auch zwischen Ost und West lässt sich ein Unterschied erkennen. 51 Prozent im Westen, aber nur 43 Prozent im Osten stimmen der Aussage zur Anerkennung in der Gesellschaft zu.

In den Fokusgruppen wird fehlender Respekt in der Gesellschaft zum ersten Untersuchungszeitpunkt vor allem am Beispiel von Berufsgruppen wie Pflegekräften und unter dem Schlagwort „Systemrelevanz“ diskutiert. Corona wird in diesem Zusammenhang zwar nicht als Ursache für die Abnahme von Respekt und Anerkennung für viele Menschen in der Gesellschaft gesehen, aber sorgt deutlich für dessen Sichtbarwerden. Bezogen auf Berufsgruppen herrscht Einigkeit, dass Respekt sich auch über eine angemessene Entlohnung ausdrücke.

Wir brauchen mehr Menschen, die in der Pflege arbeiten.
Sie sollten mehr gewertschätzt und gefördert werden.
(Fokusgruppen September 2020)

In den Fokusgruppen im Frühjahr 2021 werden weitere wahrgenommene Dimensionen von Respekt und Anerkennung deutlich. Vor dem Hintergrund der wahrgenommenen zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft wird Respekt für Mitmenschen von den Teilnehmenden auch als Akzeptanz gegensätzlicher Meinungen sowie als gute Umgangsformen und Höflichkeit definiert.

Andere nicht niederzumachen, obwohl sie eine
andere Meinung haben, gehört für mich dazu.
(Fokusgruppen April 2021)

Ich sehe, dass es immer weniger in Mode ist,
dass man mal „Danke“ und „Bitte“ sagt oder auch
für den anderen einsteht. Jeder denkt zunehmend
nur an sich, und auch die Umgangsformen
gehen mehr und mehr den Bach runter.
Das alles hat für mich auch was mit Respekt zu tun.
(Fokusgruppen April 2021)

Der Eindruck einer zunehmenden „Verrohung“ der Gesellschaft wird von vielen geteilt und häufig wird vermutet, dass diese Entwicklung auch durch soziale Medien und den dort herrschenden rauen Ton befördert werde.

Neben der Berufsgruppe der Pflegekräfte rücken in den Diskussionen im Frühjahr auch die Berufsgruppen Politiker_innen und Polizist_innen in den Fokus, und auch hier wird eine Abnahme des entgegengebrachten Respekts gesehen.

Man wünscht sich, dass wieder mehr Respekt da ist,
allgemein. Wenn ich in Fernsehberichten sehe, wie zum
Beispiel die Polizei angegriffen wird bei Demonstrationen
– das sind Sachen, die für mich nicht gehen.
(Fokusgruppen April 2021)

Mandatsträger, welcher Art auch immer,
werden dafür niedergemacht, bedroht oder müssen
Schelte dafür einstecken, dass sie sich für Teile der
Bevölkerung engagieren. Das finde ich ganz furchtbar.
(Fokusgruppen April 2021)

4

DER BLICK ÜBER DAS PANDEMIE- GESCHEHEN HINAUS – WAS JETZT WICHTIG WIRD

Der Wahlkampf und die Bundestagswahl 2021 fielen in eine Phase mit relativ geringen Fallzahlen, sodass der Umgang mit Corona nur ein Thema unter vielen im Wahlkampf war. Welche Hoffnungen, Sorgen und Erwartungen haben die Bürger_innen mit Blick auf die neue Regierung?

WUNSCH NACH „ANPACKENDER POLITIK“

Die allgemeine Stimmung im Land zeigt sich durch die Bundestagswahl relativ unbeeinflusst. Im Oktober 2021 wie schon im Mai 2021 blickt eine absolute Mehrheit von 51 Prozent der Bürger_innen eher pessimistisch in die Zukunft des Landes. Deutschland entwickle sich tendenziell eher in die falsche als in die richtige Richtung (vgl. Abbildung 9).

Als Beispiele werden hier zahlreiche Themenfelder genannt, in denen die Politik es bislang verschlafen habe, die richtigen Weichen zu stellen, oder die von der Politik weiterhin zu wenig Beachtung bekämen. Neben den Bereichen Bildung, Migration, Soziales und Digitalisierung wird hier besonders häufig Klimaschutz angeführt.

Es wird zu wenig gegen den Klimawandel unternommen. Die Arm-Reich-Schere klappt immer weiter auseinander, die Mieten und Energiekosten sind viel zu hoch. Hartz IV gehört abgeschafft und die Grundrente ist ein Flop. (Repräsentative Befragung Oktober 2021)

Es geht in die falsche Richtung, weil man nicht ausreichend Energie in die Dinge investiert, die Aufmerksamkeit benötigen würden. (Repräsentative Befragung Oktober 2021)

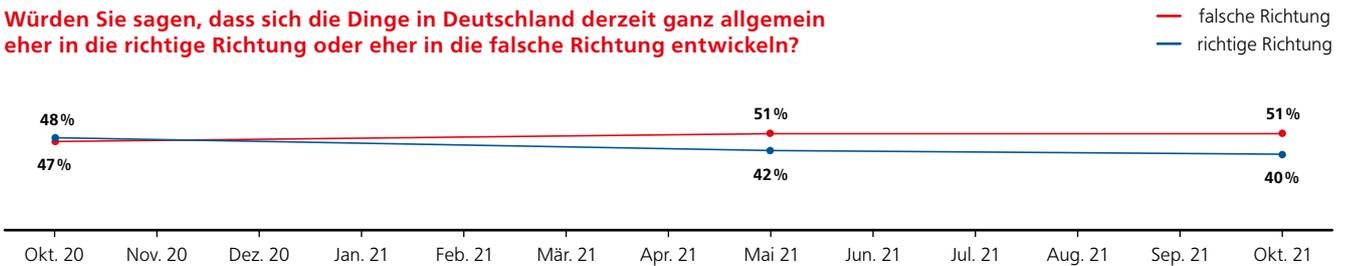
Schon im April 2021 wird von Teilnehmenden der Fokusgruppen mit Blick auf die Pandemiebewältigung immer wieder bemängelt, dass die Regierung bzw. „die Politik“ zu tatenlos sei, Probleme aussitzen würde und keinen langfristigen Plan habe.

Zurzeit verbinde ich eigentlich mit Deutschland Planlosigkeit. In anderen Ländern sind die ganzen Probleme schon besser im Griff. (Fokusgruppen April 2021)

ABB. 9

Stimmung in Deutschland im Zeitverlauf

Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein eher in die richtige Richtung oder eher in die falsche Richtung entwickeln?

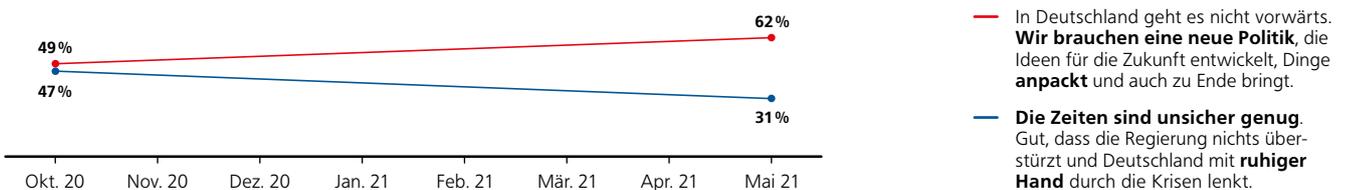


Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe.

ABB. 10

Präferierter Politikstil im Zeitverlauf

Welcher Sichtweise stimmen Sie eher zu?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe.

Der starke Wunsch nach einer anpackenden Politik mit Plan und Weitsicht wird auch in der quantitativen Analyse deutlich. Den Befragten wurden zwei Sichtweisen präsentiert: Braucht es eher eine Regierung mit ruhiger Hand – oder eine verändernde, anpackende Politik?

Während im Oktober die Präferenzen fast gleichauf liegen, zeichnet sich im Mai 2021 ein deutlich anderes Bild ab (vgl. Abbildung 10). 62 Prozent stimmen jetzt eher der Sichtweise zu, dass es eine neue Politik brauche, die Ideen für die Zukunft entwickelt, Dinge anpackt und auch zu Ende bringt. Nur noch rund ein Drittel ist der Ansicht, dass die aktuelle Regierung mit ruhiger Hand und nichts überstürzend durch die Krise lenkt. Zusammenhängen kann diese Entwicklung aber auch mit der gestiegenen Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement.

Der Wunsch nach einer anpackenden Politik wurde im Mai 2021 noch häufiger von Jüngeren unter 40 Jahren (67 Prozent), insbesondere jungen Frauen unter 40 Jahren (71 Prozent), Eltern (67 Prozent) und Ostdeutschen (69 Prozent) geteilt.

INVESTITIONSBEREITSCHAFT VORHANDEN – AUCH ODER GERADE IN KRISENZEITEN

Um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen, müsse Deutschland mehr investieren – so ist es immer wieder breiter Konsens in den Fokusgruppendifkussionen. Corona habe gezeigt, dass im Bereich Gesundheit, insbesondere in der Pflege, aber auch im Bereich Bildung, zum Beispiel bei der digitalen Ausstattung der Schulen, in der Vergangenheit zu wenig investiert wurde. Die Folgen dessen müsse man nun in der Krise ausbaden.

Gerade in so einer Krise sollte man
gemeinsam investieren.
(Fokusgruppen September 2020)

Auch in der aktuellen Corona-Krise bleibt die Tendenz, dass ein breiter Teil der Bevölkerung mehr staatliche Investitionen befürwortet, stabil – sogar dann, wenn dies mit Steuererhöhungen einhergeht. Abbildung 11 zeigt, dass vor der Krise eine relative Mehrheit Steuererhöhungen für mehr Investitionen in Kauf nehmen würde und dies im Vergleich zu Steuersenkungen und damit einhergehend weniger Investitionen deutlich befürwortet. Im Oktober 2020, also während der Corona-Pandemie, zeigt sich im Vergleich zu Vorkrisenzeiten ein leichter Rückgang der Bereitschaft zu mehr Steuern und ein stärkerer Wunsch, dass keine Mehrbelastungen hinzukommen. Ab Mai 2021 ist die Bereitschaft, Steuererhöhungen und gleichzeitig mehr Investitionen mitzutragen, wieder leicht erhöht. Der Wunsch nach Steuersenkungen auf Kosten von Ausgaben für Soziales, Bildung und Infrastruktur bleibt trotz – oder gerade in der Krise – unverändert niedrig. Nur zwischen 12 und 15 Prozent sprechen sich hierfür aus.

Unterschiede in den Präferenzen zeigen sich jedoch entlang der unterschiedlichen Wähler_innengruppen (vgl. Abbildung 12). Mehr Ausgaben, auch wenn dafür Steuern erhöht werden, befürworten insbesondere Wähler_innen

von Grünen (67 Prozent) und Linken (58 Prozent) – aber auch eine relative Mehrheit der SPD-Wähler_innen (47 Prozent). FDP- und CDU/CSU-Wähler_innen wünschen sich hingegen mehrheitlich keine Veränderung bei Steuern und Ausgaben, wobei sich jede_r fünfte FDP-Wähler_in und jede_r Dritte AfD-Wähler_in sogar eher für Steuersenkungen und weniger staatliche Ausgaben ausspricht. Unter den Koalitionspartnern der nächsten Bundesregierung besteht also, zumindest wenn sie den Präferenzen der eigenen Wählerschaft folgen wollen, kein Konsens, wobei die Unterschiede zwischen den Grünen-Wähler_innen und FDP-Wähler_innen am größten sind.

Noch breitere Zustimmung als Steuererhöhungen für alle findet der Vorschlag, Steuererhöhungen nur für Einzelne anzusetzen. Bei der Frage, wie mit den durch die Corona-Krise entstandenen Staatsschulden am besten umgegangen werden soll, spricht sich im Mai 2021 eine Mehrheit von zwei Dritteln für Steuererhöhungen exklusiv für Reiche aus (vgl. Abbildung 13). Wähler_innen von Linken (87 Prozent), Grünen (80 Prozent) und SPD (74 Prozent) sprechen sich dabei am deutlichsten für Steuererhöhungen für Reiche aus. CDU/CSU sowie FDP-Wähler_innen mit einem Anteil von 59 bzw. 46 Prozent hingegen deutlich seltener. 18 Prozent aller Bürger_innen halten es hingegen für die beste Lösung, die Staatsschulden zu einem späteren Zeitpunkt zu bezahlen, unter FDP-Wähler_innen ist der Anteil mit 27 Prozent am höchsten. Insgesamt sehen nur neun Prozent der Bürger_innen das Kürzen von Sozialausgaben als die beste Lösung an. Unter AfD-Wähler_innen (21 Prozent) sowie FDP-Wähler_innen (18 Prozent) präferiert diese Lösung jedoch rund jede_r Fünfte.

Die Fokusgruppendifkussionen zeigen aber auch, dass der Vorschlag, Steuern für Reiche zu erhöhen, nicht unumstritten ist. Viele sind unsicher, ob eine Belastung nur für Reiche tatsächlich fair sei, und befürchten langfristig negative Folgen für Deutschland durch Abwanderung reicher Mitbürger_innen oder deutscher Unternehmen in Steueroasen.

Die, die viel Geld haben, sind oft auch die,
die Arbeitsplätze stellen und das Geld hier halten.
Wenn das unattraktiv wird, suchen sie sich andere Orte.
(Fokusgruppen September 2020)

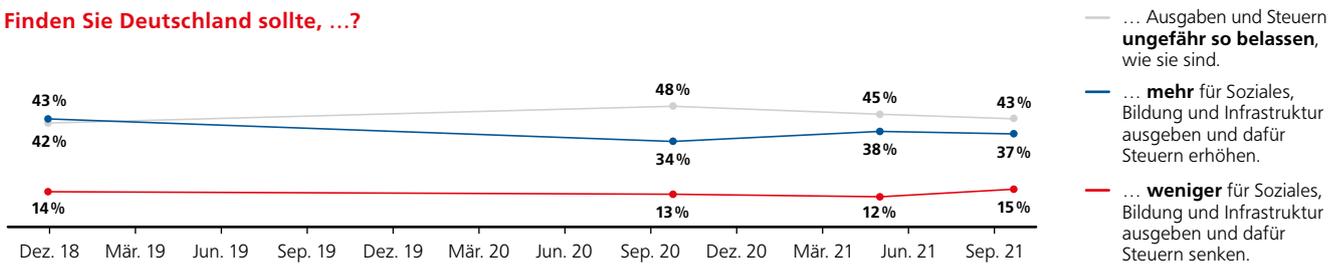
Die, die viel haben, sollten etwas abgeben.
Das ist logisch.
(Fokusgruppen September 2020)

Eine weitere Idee zum Umgang mit der Staatsverschuldung, die von den Teilnehmer_innen der Fokusgruppen diskutiert wird, ist, Unternehmen, die in der Pandemie unterstützt wurden, zu einer Rückzahlung dieses „Bonus“ zu verpflichten. Auch die Notwendigkeit, Steuerschlupflöcher für globale Konzerne wie Amazon oder Google zu schließen, wird häufig von den Teilnehmenden genannt. Weiterhin stehen Sparmaßnahmen, die Bürger_innen vermeintlich nicht treffen, wie die Senkung von Politikergehältern oder Kürzungen im Verwaltungsapparat, bei vielen hoch im Kurs. Dabei wird der Hebel bzw. das Sparpotenzial, das vor allem die letzteren Maßnahmen hätten, deutlich überschätzt.

ABB. 11

Investitionen vs. Steuersenkungen im Zeitverlauf

Finden Sie Deutschland sollte, ...?

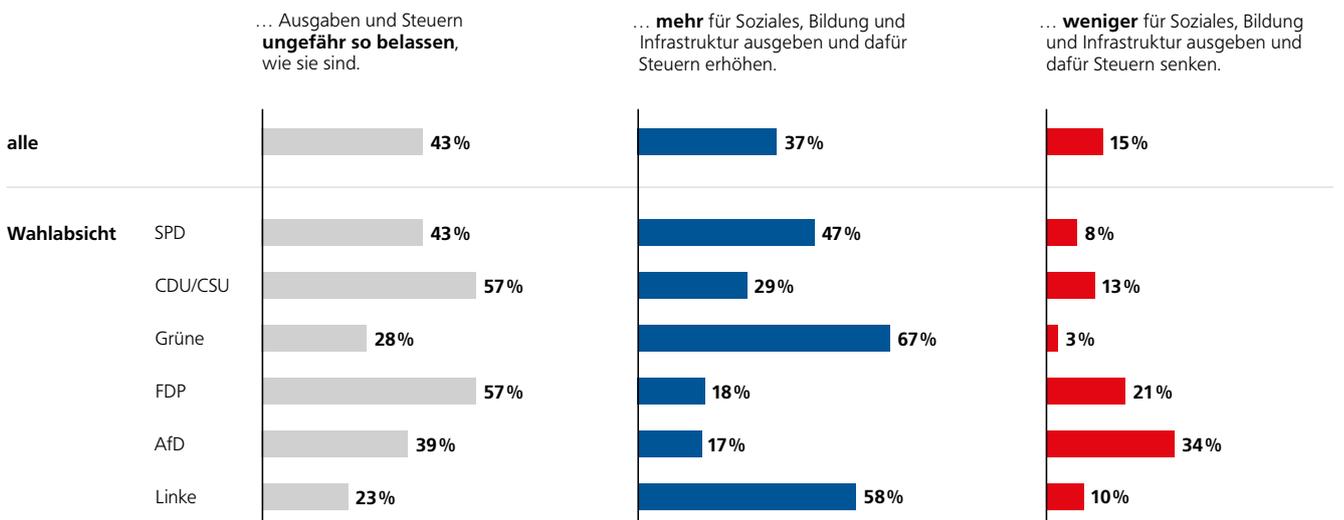


Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe.

ABB. 12

Investitionen vs. Steuersenkungen nach Wahlabsicht

Finden Sie Deutschland sollte, ...?

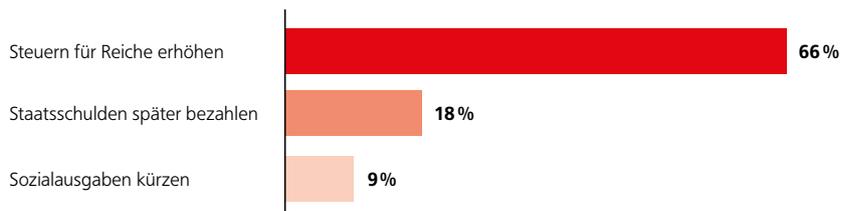


Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Oktober 2021.

ABB. 13

Umgang mit erhöhten Staatsschulden

In der Corona-Krise hat Deutschland neue Schulden aufgenommen. Wie sollten mit den erhöhten Staatsschulden Ihrer Meinung nach umgegangen werden?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Mai 2021.

Insgesamt zeigt sich, dass über Höhe und Konsequenzen der durch Corona entstandenen Staatsschulden wenig Wissen vorhanden ist. Klar scheint nur, dass Schulden in der Situation notwendig und alternativlos sind und dass Deutschland das verkraften könne.

Egal sind die Schulden nicht,
aber auch kein großes Drama.
(Fokusgruppen September 2020)

Andere Länder sind viel schlechter dran und
haben schon vor Corona viele Schulden gemacht.
Ich finde es der Situation angemessen.
(Fokusgruppen September 2020)

AKTUELLE THEMENPRIORITÄTEN

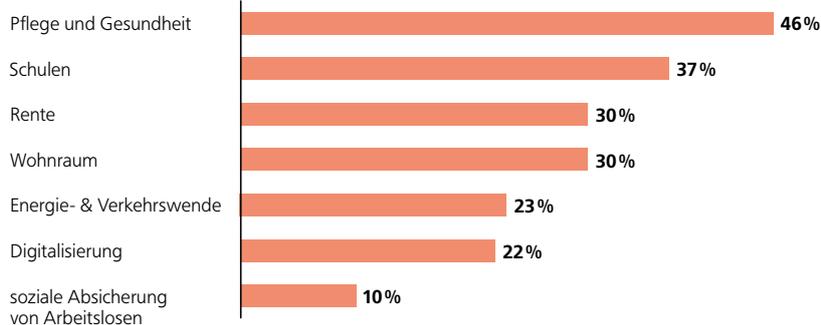
In welchen Bereich sollte nun als Erstes investiert werden? Hier zeichnen sich vier präferierte Felder ab: Pflege/Gesundheit, Schulen, Renten und Wohnraum (vgl. Abbildung 14).

Die Reihenfolge der Präferenzen variiert zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen kaum. Es lassen sich nur leichte Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den verschiedenen Altersgruppen bezüglich der Investitionspräferenzen feststellen. Männern sind Investitionen in Energie- und Verkehrswende und in Digitalisierung noch wichtiger als Frauen. Diesen wiederum sind die Bereiche Pflege/Gesundheit, Schulen und Rente überdurchschnittlich wichtig. Jüngeren sind die Bereiche

ABB. 14

Wichtigster Investitionsbereich

Wenn Sie sich für einen dieser Bereiche entscheiden müssten, in welchen sollte die Politik als Erstes investieren? Und in welchen als Zweites?

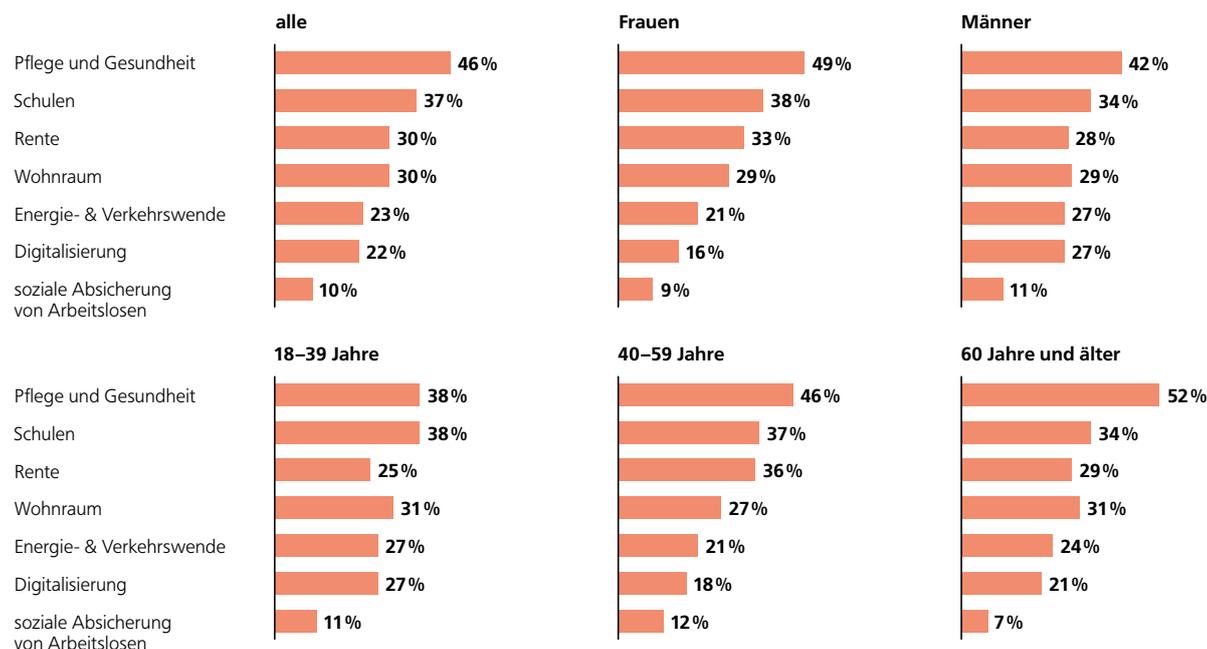


Basis: Alle Wahlberechtigten. Dargestellte Werte: Erste und zweite Nennung kombiniert. Fehlende Werte: Keiner dieser Bereiche/weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Mai 2021.

ABB. 15

Wichtigster Investitionsbereich – Detailauswertung

Wenn Sie sich für einen dieser Bereiche entscheiden müssten, in welchen sollte die Politik als Erstes investieren? Und in welchen als Zweites?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Dargestellte Werte: Erste und zweite Nennung kombiniert. Fehlende Werte: Keiner dieser Bereiche/weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Mai 2021.

Energie- und Verkehrswende und Digitalisierung wichtiger als den anderen Altersgruppen. Die mittlere Altersgruppe sieht Renten überdurchschnittlich häufig als wichtigen Investitionsbereich, während in der Altersgruppe 60+ der Bereich Pflege und Gesundheit noch deutlicher priorisiert wird (vgl. Abbildung 15).

Deutliche Unzufriedenheit herrscht – Stand Oktober 2021 – bei den Themen bezahlbarer Wohnraum, Renten, Energie- und Verkehrswende sowie Digitalisierung (vgl. Abbildung 16).

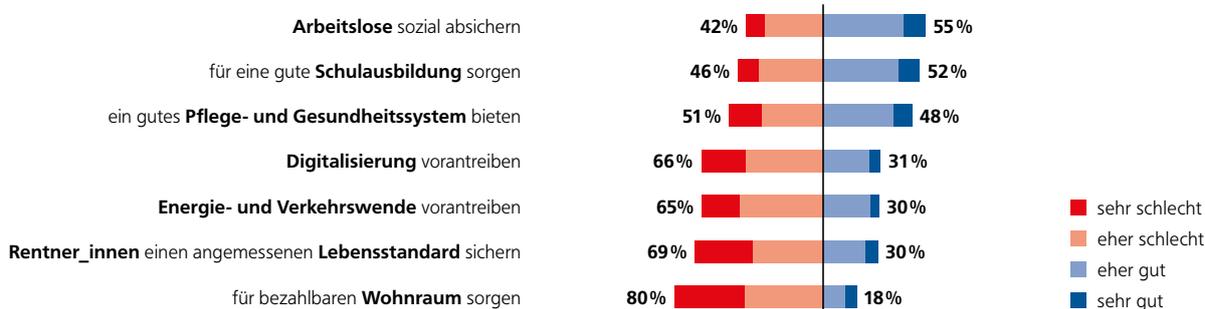
Der Digitalisierungsstand ist sehr schlecht in Deutschland – sogar fast nicht existent. Man muss mit der Zeit gehen, Geld investieren. (Fokusgruppen September 2020)

In den Bereichen Schulen sowie Pflege- und Gesundheitssystem halten sich gute und schlechte Bewertungen in etwa die Waage. Bei der Absicherung von Arbeitslosen wird tendenziell eine gute Erfüllung der staatlichen Aufgabe gesehen.

ABB. 16

Zufriedenheit mit der Erfüllung staatlicher Aufgaben

Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aufgaben, ob der Staat diese Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht erfüllt?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Oktober 2021.

ABB. 17

Zufriedenheit mit der Erfüllung staatlicher Aufgaben im Zeitverlauf

Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aufgaben, ob der Staat diese Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht erfüllt?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Oktober 2021.

Die wahrgenommene Erfüllung der Aufgaben durch den Staat ist analog zur Bewertung des Corona-Krisenmanagements vom ersten zum zweiten Untersuchungszeitraum gesunken. Lediglich bei der Absicherung Arbeitsloser sowie bei der Sicherstellung des Lebensstandards von Rentner_innen gab es von Oktober 2020 zu Mai 2021 keine Verschlechterung. Im weiteren Pandemieverlauf von Mai auf Oktober 2021 unterliegen die Bewertungen nur geringen Änderungen. Die Bewältigung der Energie- und Verkehrswende sowie die Absicherung von Rentner_innen werden tendenziell noch schlechter bewertet als zuvor.

Die Energie- und Lebensmittelpreise steigen.
Geringverdiener und alleinstehende Rentner
können dies kaum noch bezahlen.
(Repräsentative Befragung Oktober 2021)

Es müsste viel schneller etwas gegen den Klimawandel
getan werden und nicht erst,
wie von vielen Parteien festgelegt, in einigen Jahren.
(Repräsentative Befragung Oktober 2021)

Mit Blick auf die Zufriedenheit in verschiedenen politischen Aufgabenbereich und Investitionspräferenzen (vgl. Abbildung 17) wird deutlich, dass nicht nur bei Themen, bei denen der Staat nach Auffassung der Bürger_innen seinen Aufgaben nicht ausreichend nachkommt, Investitionsbedarf gesehen wird. Auch in den Bereichen Schulen und Pflege/ Gesundheit, bei denen von rund der Hälfte bereits ein gutes Niveau attestiert wird, sind mehr Investitionen gewünscht. Die Corona-Pandemie hat in beiden Bereichen nicht nur deren Relevanz, sondern auch bestehende Mängel verdeutlicht, und die Bürger_innen fordern noch mehr (finanziellen) Einsatz, sodass die Bereiche krisen- und zukunftsfest bleiben.

ZUKUNFTSTHEMEN DÜRFEN NICHT AUS DEM BLICK GERATEN

Neben den fehlenden Investitionen, dem fehlenden Plan und dem Missmanagement in der Krise wird von den Teilnehmenden der Fokusgruppen immer wieder Kritik daran geäußert, dass durch die Corona-Pandemie andere wichtige Themen und Probleme in den Hintergrund rückten und es der Politik an Weitblick fehle. Diese Kritik wird zu allen drei Untersuchungszeitpunkten geteilt. Auf einige Probleme mache Corona zwar aufmerksam – hier wird insbesondere Digitalisierung häufig genannt – andere Problemlagen, die sich zum Teil sogar durch Corona verschärften, stünden allerdings nicht genug im Fokus, so z. B. soziale Ungleichheit in der Gesellschaft.

Gefühlt sind diese Zukunftsthemen überhaupt nicht
in der Diskussion. Man hört davon überhaupt nichts,
in der Politik kommen keine klaren Inhalte rüber
– egal bei wem, ob bei den Grünen, CDU oder der SPD.
Dabei gibt es so viele dringende Probleme.
(Fokusgruppen September 2020)

Für mich ist der Umweltschutz ganz wichtig.
Wir müssen versuchen, das Klima halbwegs in den Griff
zu kriegen, damit wir unseren Kindern und Enkeln
doch noch eine gute Zukunft bieten können.
(Fokusgruppen April 2021)

Ich glaube, das Problem mit der Bildung oder
Ausstattung von Schulen und der
Digitalisierung war auch schon vorher da,
und ich glaube, es wird auch noch danach da sein.
(Fokusgruppen April 2021)

Der Klimawandel stellt nach Auffassung der Bürger_innen in Deutschland die größte Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre dar (vgl. Abbildung 18). 30 Prozent nennen im Mai 2021, offen nach der größten Herausforderung, also ohne vorgegebene Kategorien gefragt, den Themenkomplex Klimawandel/Klimaschutz. Die wichtigsten Themen danach sind in etwa jeweils gleich häufig genannt: soziale Gerechtigkeit, Migration und wirtschaftliche Entwicklung. Es zeigen sich keine relevanten Verschiebungen bei der Wahrnehmung der größten Zukunftsherausforderung zwischen den Untersuchungszeiträumen Oktober 2020 und Mai 2021.

Das Thema Klimawandel steht bei Wähler_innen aller Parteien, mit Ausnahme der AfD, an erster Stelle (vgl. Abbildung 19). Soziale Gerechtigkeit wird häufiger von Wähler_innen der Linken und SPD als wichtigste Herausforderung genannt, die wirtschaftliche Entwicklung häufiger von FDP-Wähler_innen. Einzig AfD-Wähler_innen sehen das Thema Migration/Integration als die größte Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre.

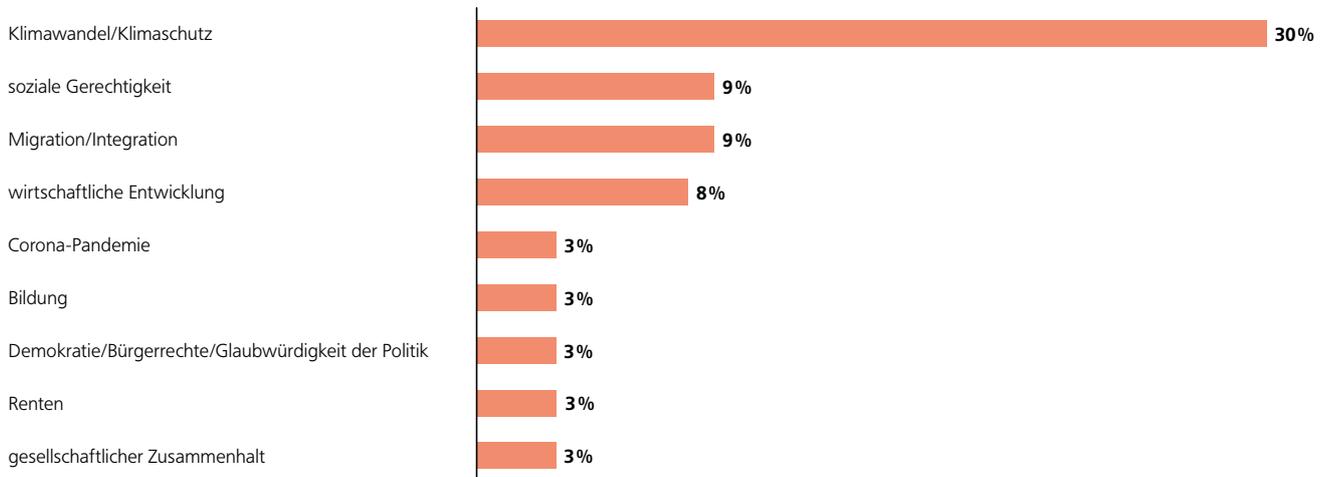
Somit ist die Aussage einer Fokusgruppenteilnehmerin für Wähler_innen fast aller Parteien gültig und kann als zentraler Auftrag für die nächste Bundesregierung gesehen werden:

Die nächste Regierung darf den Anschluss
nicht verlieren – weder in der Wirtschaft,
noch in der Ökologie, aber auch das Soziale
bitte nicht vergessen.
(Fokusgruppen April 2021)

ABB. 18

Größte Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre

Wenn Sie mal an die nächsten 10 bis 20 Jahre denken, was ist Ihrer Meinung nach die größte Herausforderung für Deutschland?



Basis: Alle Wahlberechtigten. Offene Nennung, recodiert in Analysekatogorien. Dargestellt: Alle Nennungen >=3 Prozent unter allen. Datengrundlage: Mai 2021.

ABB. 19

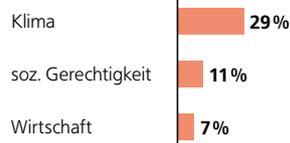
Größte Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre – Detailauswertung

Wenn Sie mal an die nächsten 10 bis 20 Jahre denken, was ist Ihrer Meinung nach die größte Herausforderung für Deutschland?

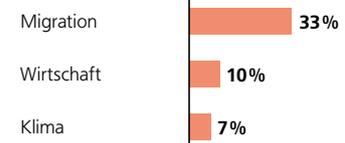
CDU/CSU-Wähler_innen



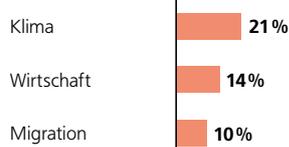
SPD-Wähler_innen



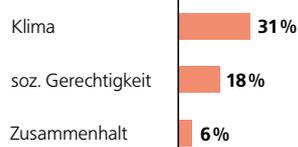
AfD-Wähler_innen



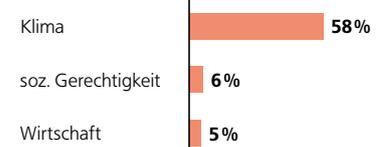
FDP-Wähler_innen



Linken-Wähler_innen



Grünen-Wähler_innen



Basis: Alle Wahlberechtigten. Offene Nennung, recodiert in Analysekatogorien. Dargestellt: Alle Nennungen >=5 Prozent. Datengrundlage: Mai 2021.

FAZIT: DIE PANDEMIE ALS KATALYSATOR?

Für die abschließende Analyse langfristiger Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland auf die Gesellschaft ist es zwar noch zu früh, die vorliegende Studie liefert aber bereits jetzt wichtige Erkenntnisse zu Wahrnehmung und Bewertung von Politik und Gemeinschaft im Pandemieverlauf.

ZUSAMMENHALT UND GEFÜHLTE POLARISIERUNG IN DER GESELLSCHAFT

Für das gesellschaftliche Miteinander bestanden zu Beginn der Pandemie große Hoffnungen, dass man enger zusammenrücke und solidarischer werde. Diese Hoffnung wurde aus verschiedenen Gründen zunichte gemacht. Systemrelevante Gruppen erfahren weiterhin nicht genügend Anerkennung und eine Aufwertung ihrer Arbeitssituation. Gleichzeitig bestehen unterschiedliche Auffassungen zu den ergriffenen Maßnahmen in der Pandemie. 61 Prozent der Bürger_innen sind nach fast zwei Jahren Leben in der Pandemie der Meinung, dass die Krise dem gesellschaftlichen Zusammenhalt eher geschadet habe. Die Daten zeigen jedoch, dass bereits vor der Pandemie der Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhaltes von gut drei Viertel der Bürger_innen beklagt wurde. Diese Zahlen sind auch während der Pandemie konstant geblieben. Trotzdem nehmen viele Bürger_innen statt eines Zusammenrückens eher eine fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft wahr.

Die zunehmende Spaltung in Geimpfte und Ungeimpfte ist dabei allerdings ein Vorwurf, der insbesondere auch aus Richtung der Ungeimpften geteilt und vorangetrieben wird und zum Teil als Kritik an den Corona-Maßnahmen im Allgemeinen und den Impfungen im Speziellen interpretiert werden kann. Von einer Spaltung in zwei gleich große Lager kann nicht die Rede sein. Konkrete Vorschläge zur Steigerung der Impfquote werden jeweils von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft befürwortet, lediglich eine Minderheit – konzentriert unter AfD-Wähler_innen – sieht diese kritisch.

Im Herbst 2021 sind die Sorgen der Bürger_innen um die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie und um die Entwicklung der Kinder größer als die Sorgen um die individuelle Gesundheit, Lockdowns und Freiheitseinschränkungen. Zudem wird eine wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich durch die Pandemie und deren wirtschaftlichen Implikationen befürchtet. Hinzu kommt, dass sich rund die Hälfte der Bürger_innen von der Gesellschaft nicht wertgeschätzt fühlt. Diese Wahrnehmung ist während der Pandemie sogar leicht angestiegen. Insbesondere Menschen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen bemängeln häufiger mangelnde Anerkennung und Respekt

in der Gesellschaft für ihre Person. Bezogen auf Berufsgruppen herrscht Einigkeit, dass Respekt sich auch über eine angemessene Entlohnung ausdrücke. Hier bieten sich für die Politik Gestaltungsmöglichkeiten.

HAUSAUFGABEN DER NEUEN REGIERUNG

Die Werte deuten zwar aktuell nicht darauf hin, dass die Corona-Pandemie eine langfristig negative Entwicklung des Regierungsvertrauens zur Folge hat, die qualitative Forschung gibt diesbezüglich aber keine Entwarnung. Vielmehr wurde vor allem in den Fokusgruppendifkussionen deutlich, dass die Corona-Pandemie wie ein Katalysator auf bestehende Problemlagen wirkt, die sich weiter zuspitzen könnten und dringend von der neuen Regierung angegangen werden müssen, um Vertrauen nicht langfristig zu verlieren. Als Auftrag geben die Bürger_innen der Politik hier insbesondere Mut zu mehr Investitionen mit. Insbesondere in den Bereichen Pflege/Gesundheit, bei Schulen, beim Thema Wohnraum und bei den Renten klaffen für die Bürger_innen Investitionslücken, die geschlossen werden müssen.

Auch bezüglich des notwendigen Politikstils der zukünftigen Regierung herrscht eine klare Meinung: Eine Politik der ruhigen Hand, die Deutschland verlässlich durch die Krisen führt, reicht den Bürger_innen nach fast zwei Jahren Leben in einer globalen Gesundheitskrise nicht mehr aus. Die neue Regierung muss stattdessen anpacken, an Tempo zulegen und Ideen für die Zukunft entwickeln. Allen voran geht es dabei auch um Ideen für die Bewältigung der zweiten akuten Krise, nämlich die Klimakrise. Diese gilt den Bürger_innen als die mit Abstand wichtigste zukünftige Herausforderung für Deutschland, bei der es sozialverträglicher Lösungen bedarf, um alle mitzunehmen.

ANHANG 1

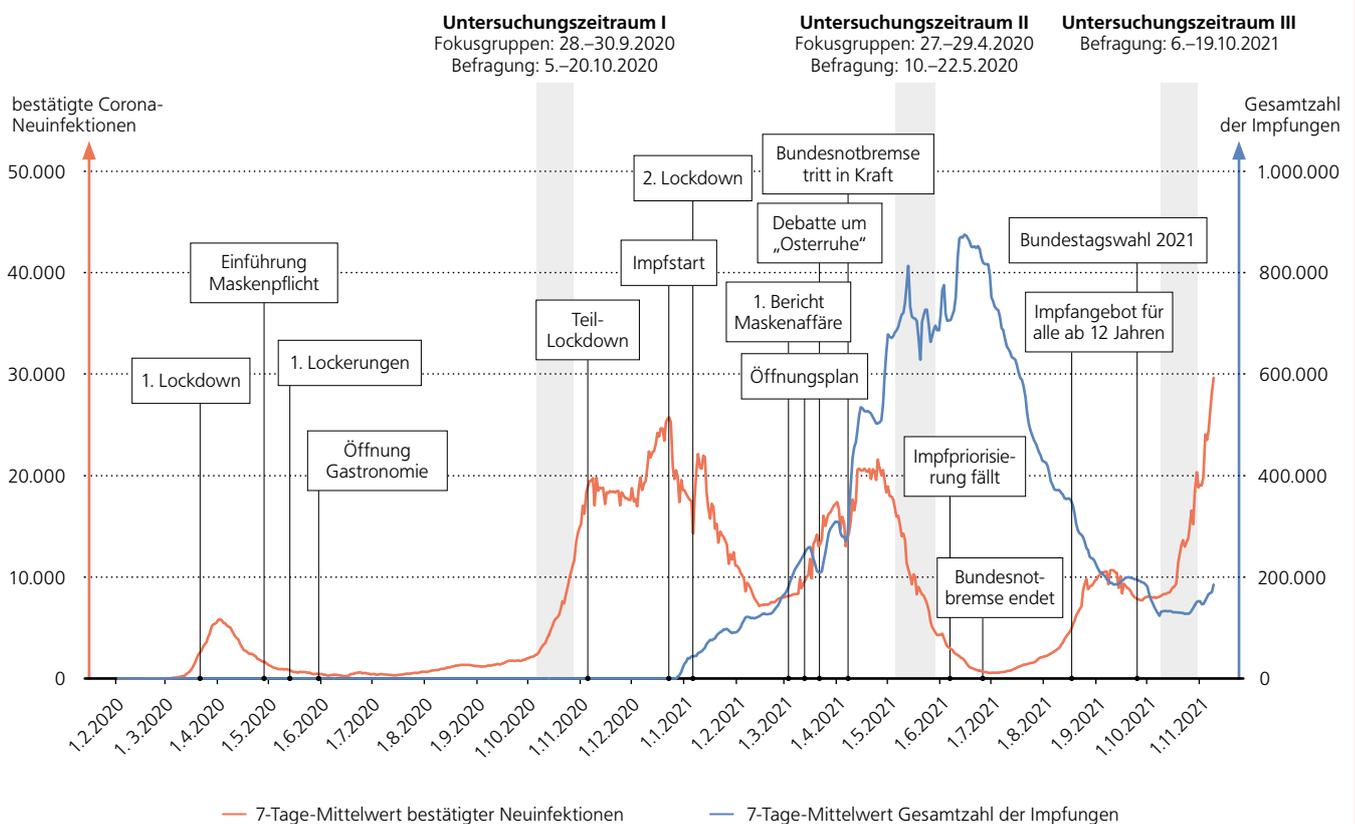
METHODISCHES VORGEHEN

Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf einem mehrstufigen Forschungsprozess mit drei Untersuchungszeiträumen. Dadurch wird es möglich, Ansichten und Einstellungen zu drei unterschiedlichen Zeitpunkten der Pandemie miteinander zu vergleichen und eine mögliche Entwicklung nachzuzeichnen.

In den ersten zwei Untersuchungszeiträumen wurden zunächst jeweils sechs qualitative Fokusgruppen durchgeführt. Daran anschließend erfolgte eine bundesweite repräsentative quantitative Befragung. Im dritten Untersuchungszeitraum wurde eine repräsentative Befragung ohne vorherige Fokusgruppen durchgeführt.

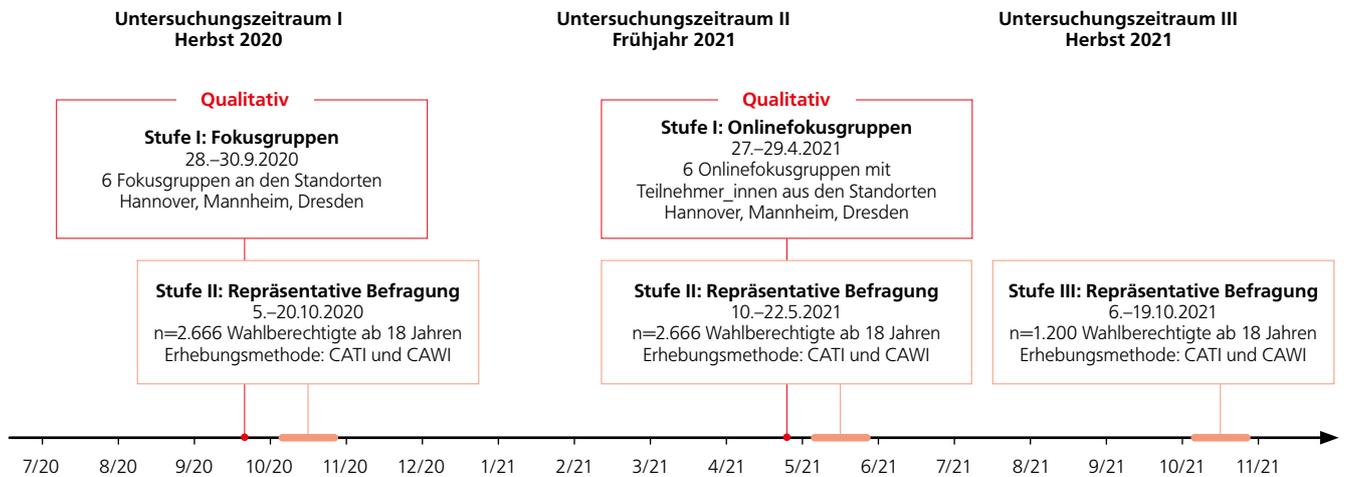
ABB. 20

Pandemiegesehen im Zeitverlauf



Quelle: Johns Hopkins University, RKI, eigene Darstellung.

Untersuchungsanlage



QUALITATIVE FORSCHUNG

An den Fokusgruppen nahmen jeweils sechs bis sieben Personen teil. Die Grundgesamtheit bildet die wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. Bei der Auswahl der Teilnehmer_innen wurde auf einen ausgewogenen soziodemografischen Mix hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Migrationshintergrund, Berufstätigkeit und Kindern im Haushalt geachtet. Um auch geografische Unterschiede qualitativ abbilden zu können, wurden jeweils zwei Gruppen an den Standorten Mannheim, Dresden und Hannover durchgeführt und Menschen aus dem städtischen sowie ländlichen Raum eingeladen.

In der ersten Erhebungsrunde fanden die Fokusgruppen vom 28.–30.9.2020 statt. Das Pandemiegeschehen erlaubte es zu diesem Zeitpunkt, unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln, die Fokusgruppen vor Ort in Teststudios durchzuführen.

In der zweiten Erhebungswelle fanden die Fokusgruppen am 27., 28. und 29.4.2021 statt. Aufgrund erneut verschärfter Reise- und Kontaktbeschränkungen wurden die Fokusgruppen in diesem Untersuchungszeitraum online als Videokonferenz durchgeführt.

Insgesamt nahmen im September 2020 und im April 2021 jeweils 40 Personen an den Fokusgruppen teil. Die offene, leitfragengestützte Diskussion ermöglichte ein tiefgehendes Verständnis von Meinungen und Argumenten, ohne Antworten durch vorgegebene Kategorien zu begrenzen oder zu lenken. Die im Bericht verwendeten eingerückten Zitate stammen von Teilnehmer_innen der Fokusgruppen bzw. im dritten Untersuchungszeitraum von Teilnehmer_innen an der Telefon- und Onlinebefragung. Die Zitate sind zum Teil sprachlich geglättet, inhaltlich aber unverändert.

QUANTITATIVE FORSCHUNG

Im Anschluss an die Fokusgruppendifkussionen fand jeweils eine quantitative Bevölkerungsbefragung statt, im ersten Untersuchungszeitraum vom 5.–20.10.2020, im zweiten Untersuchungszeitraum vom 10.–22.5.2021. Die Grundgesamtheit bildete jeweils die wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. Befragt wurden pro Erhebung 2.666 Personen.

Die Daten wurden mittels einer Kombination aus telefonischer und Onlinebefragung erhoben (hybrider Erhebungsansatz). Im Untersuchungszeitraum I und II wurden jeweils:

- 833 Personen telefonisch per Festnetzanschluss befragt (CATI, ADM-Festnetzstichprobe);
- 833 Personen telefonisch per Mobilfunkanschluss befragt (CATI, ADM-Stichprobe);
- 1.000 Personen online befragt (Computer Assisted Web Interview, quotierte Stichprobenziehung aus Online-Access-Panel).

Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 17 Minuten. Die Daten wurden gemäß der amtlichen Statistik gewichtet, um die Repräsentativität der Ergebnisse zu gewährleisten. Bei n=2.666 Befragten beträgt die maximale Fehlertoleranz bei einem 95-Prozent-Konfidenzintervall +/-1,9 Prozentpunkte.

Die Studie wurde durch einen dritten Untersuchungszeitraum im Herbst 2021 ergänzt. Auch hier wurde eine repräsentative Befragung mit Wahlberechtigten ab 18 Jahren bundesweit durchgeführt. Die Befragungszeit betrug jeweils zwölf Minuten, befragt wurden 1.200 Personen, davon 400 telefonisch per Festnetzanschluss, 400 telefonisch per Mobilfunkanschluss und 400 Personen online. Befragt wurde vom 6.–19.10.2021. Bei n=1.200 Befragten beträgt die maximale Fehlertoleranz bei einem 95-Prozent-Konfidenzintervall +/-2,8 Prozentpunkte.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- 5 **Abbildung 1**
Veränderung des Zusammenhalts durch die Corona-Krise
- 6 **Abbildung 2**
Wahrnehmung gesellschaftlichen Zusammenhalts im Zeitverlauf
- 7 **Abbildung 3**
Sorge vor der Spaltung in Geimpfte und Ungeimpfte
- 8 **Abbildung 4**
Zufriedenheit mit der Impfkampagne
- 9 **Abbildung 5**
Bewertung von Vorschlägen zur Steigerung der Impfquote
- 10 **Abbildung 6**
Sorgen in Bezug auf die Corona-Pandemie
- 11 **Abbildung 7**
Entgegengebrachter Respekt und Anerkennung in der Gesellschaft im Zeitverlauf
- 11 **Abbildung 8**
Entgegengebrachter Respekt und Anerkennung in der Gesellschaft – Detailauswertung
- 13 **Abbildung 9**
Stimmung in Deutschland im Zeitverlauf
- 13 **Abbildung 10**
Präferierter Politikstil im Zeitverlauf
- 15 **Abbildung 11**
Investitionen vs. Steuersenkungen im Zeitverlauf
- 15 **Abbildung 12**
Investitionen vs. Steuersenkungen nach Wahlabsicht
- 15 **Abbildung 13**
Umgang mit erhöhten Staatsschulden
- 16 **Abbildung 14**
Wichtigster Investitionsbereich
- 16 **Abbildung 15**
Wichtigster Investitionsbereich – Detailauswertung
- 17 **Abbildung 16**
Zufriedenheit mit der Erfüllung staatlicher Aufgaben
- 17 **Abbildung 17**
Zufriedenheit mit der Erfüllung staatlicher Aufgaben im Zeitverlauf
- 19 **Abbildung 18**
Größte Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre
- 19 **Abbildung 19**
Größte Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre – Detailauswertung
- 21 **Abbildung 20**
Pandemiegesehen im Zeitverlauf
- 22 **Abbildung 21**
Untersuchungsanlage

LITERATURVERZEICHNIS

Faus, Jana; Ickstadt, Lutz 2020: Nebeneinander oder miteinander? Nachbarschaftlicher Zusammenhalt im Corbusierhaus Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Faus, Rainer; Storcks, Simon 2019: Das pragmatische Einwanderungsland: Was die Deutschen über Migration denken, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Hartl, Matthias; Faus, Jana 2020: Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog: Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Kühne, Simon; Kroh, Martin; Liebig, Stefan; Rees, Jonas et al. 2020: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona: Eine Chance in der Krise?, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, The German Socio-Economic Panel Study (SOEP)/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

Maurer, Marcus; Reinemann, Carsten; Kruschinski, Simon 2021: Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie, Rudolf Augstein Stiftung, Hamburg.

RAPID-COVID 2021: Pandemie und Polarisierung: (Wechselseitige) Wahrnehmungen von Befürworter*innen und Gegner*innen der Corona-Maßnahmen, Policy Brief 3 (2021), Freie Universität/Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin.

Spöri, Tobias; Eichhorn, Jan 2021: Wer glaubt an Corona-Verschwörungsmymen: Der Einfluss von Soziodemographie, politischen Einstellungen und Werthaltungen in Deutschland, https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/12/Wer-glaubt-nicht-mehr-an-Corona-Verschwörungsmymen_final.pdf (7.12.2021).

Unzicker, Kai; Follmer, Robert; Brand, Thorsten; Hölscher, Jana 2021: Zusammenhalt in Zeiten von Corona: Die stabile Basis droht zu bröckeln, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN

An der Corona-Front: Die Erfahrungen der Altenpflegekräfte in neun europäischen Ländern – zusammenfassender Bericht

→ [Berichte aus neun Ländern](#)

Lehren aus der Pandemie: Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern

→ [Stellungnahme der Expert_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

Gute wissenschaftliche Politikberatung nach der Pandemie: Zehn Empfehlungen

→ [Impulspapier für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Netzwerk Wissenschaft](#)

Hat die Corona-Pandemie das bürgerschaftliche Engagement verändert?

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

Ist die Schuldenbremse nach der Corona-Krise noch haltbar?

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

Wie hat sich das parlamentarische Regierungssystem in der Krise geschlagen?

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

Wer sind die Querdenker_innen?

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

Wie steht es um unsere Gesellschaft nach einem Jahr Pandemie?

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie

→ [Kurzstudie – Forum Politik und Gesellschaft](#)

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter
www.fes.de/publikationen



Impressum

© 2022

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205

www.fes.de/apb

apb-publication@fes.de

ISBN: 978-3-98628-054-3

Titelfoto: [shutterstock.com/studiostoks](https://www.shutterstock.com/studiostoks)

Gestaltungskonzept: www.leitwerk.com

Umsetzung/Satz: Britta Liermann, Berlin

Druck: www.bub-bonn.de

→ Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

A comic book style illustration featuring two characters in conversation. On the left, a man with spiky brown hair and glasses is shown in profile, looking towards the right. On the right, a woman with blonde hair and glasses is shown in profile, looking towards the left. Two large, jagged speech bubbles are positioned between them, containing a light blue background with a pattern of darker blue circles. The overall style is bold and graphic, typical of comic book art.

In der frühen Phase der Corona-Pandemie bestanden große Hoffnungen, dass die Krise die Menschen in Deutschland näher zusammenrücken lässt. Beobachtungen aktiver Nachbarschaftshilfe, zum Beispiel in Form von Einkaufsdiensten für Senior_innen, sowie Solidaritätsbekundungen mit Gewerbetreibenden und Pflegepersonal bestärkten diese Hoffnung. Steigt in der Krise auch die Wertschätzung für ein gutes und funktionierendes Gemeinwesen mit starkem Gesundheitssystem und ordentlicher Verwaltung und professioneller Politik? Erfährt die Bedeutung eines aktiven und handlungsfähigen Staates in der öffentlichen Meinung eine Renaissance?

Diese Studie geht der Frage nach, wie sich die Einstellungen der Menschen gegenüber dem Staat, dem Gemeinwesen und seinen Institutionen in und durch die Corona-Krise verändert haben. Hat der gesellschaftliche Zusammenhalt nach dem Empfinden der Bürger_innen zugenommen oder hat die lang anhaltende Krisensituation eher zu neuen Spaltungstendenzen geführt?

Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf einem mehrstufigen Forschungsprozess mit drei Untersuchungszeiträumen. Im Herbst 2020 sowie Frühjahr 2021 wurden in einem ersten Schritt jeweils sechs qualitative Fokusgruppen durchgeführt. In einem zweiten Schritt erfolgte daran anschließend eine bundesweite repräsentative quantitative Befragung. Im dritten Untersuchungszeitraum im Herbst 2021 wurde eine repräsentative Befragung ohne vorherige Fokusgruppen durchgeführt. Die Ergebnisse zeichnen nicht nur den Blick auf die Gemeinschaft und den Staat in einer Stresssituation wie der Corona-Pandemie über die Zeit nach, sondern zeigen auch auf, welche Aufgaben die Bürger_innen der neuen Bundesregierung für die Zeit nach der Krise mit auf den Weg geben.

ISBN 978-3-98628-054-3

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG